

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

**Abonnementspreis** 50 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,60 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

**Anzeigen** kosten die sechsgepaltene Zeile resp. deren Raum 1,— Mk.  
Bei einmaliger Aufnahme 2/3, bei 2maliger Aufnahme 2/3 und bei 3maliger Aufnahme 4/5 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 93.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 96.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Johann Seimpters, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wilmshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, dass Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

### Trinkspruch.

So sprach der Wirt vom „Sagverein“:  
Willkommen, wackre Mannen!  
Ich lade euch zur Nachtschicht ein,  
Gefüllt sind schon die Kannen.  
Auch liegt da unten Saß an Saß,  
Ihr Herr'n, vom allerbesten Naß,  
Wir brauchen nicht zu dürsten. —

Zudem läßt man die reichste Kuld  
Hier angedeihn dem Secher,  
Es wird gestraft nicht und genullt  
Für Mindestmaß im Becher. —  
Ein jeder trinkt so viel er kann,  
Und wer den tiefsten Zug gewann,  
Ist König von der Runde. —

Die Temperatur dabei entspricht  
Ganz unserm Wohlgefühl,  
Wir leiden von der Hitze nicht  
Und auch nicht von der Kühle. —  
Doch straffe Ordnung wird geführt,  
Und wer da muckst und nicht pariert,  
Sliegt ohne Gnad' und Schonung.

Bei Tage währt die Arbeitszeit  
Nicht lang, wie die der Nächte,  
Doch gib's dafür Gelegenheit  
Zum Suchen neuer Schächte. —  
Und machen wir 'ne Ueberbacht,  
Wir fordern Zahlung dafür nicht,  
Der Stoff ist uns Genüge. —

So sprach der Wirt vom „Sagverein“  
Im Kreise seiner Gäste,  
Und lud dabei zum Trinken ein  
Die Herr'n auf's allerbeste.  
Und sie, sie lachten Sympathie  
Ihm zu der „schönen“ Parodie  
Von unserm Bergmannsalend. **H. K.**

\*) Gekloppt vom Vorsteher des „Sagverein“, Herrn Bürgermeister Richtenberg, bei Begrüßung der Landtags-Kommission im Vereinslokale „Zur Krone“ in Dortmund.

### Vor einem Schutthaufen.

IV.

#### Was versteht man unter „Seilsfahrt“?

Wie das Wort besagt, kann unter „Seilsfahrt“ doch nur verstanden werden die Fahrt am Seile, d. h. der Aufenthalt auf dem am „Seile“ hängenden Förderkorb. Betritt der Mann oben am Schacht den Korb, so beginnt seine „Seilsfahrt“, sie endet, wenn der Korb unten angekommen ist und der Arbeiter den Korb verläßt. Diese Seilsfahrt nimmt für den einzelnen Arbeiter aber nur ein paar Minuten in Anspruch. Die Zeit, welche der Arbeiter vermittelt Förderseile ein- und ausgeführt wird, beträgt fünf bis zehn Minuten, je nachdem der Korb Stagen hat.

Woher kommt es nun, daß von einer halbständigen, einständigen und noch längeren „Seilsfahrt“ geredet wird? Ganz einfach; man verneint die Zeit, die der Arbeiter „am Seile hängt“ mit der Zeit, die der Arbeiter untertags gebraucht, um zu seiner Arbeitsstelle zu gelangen! Die Unternehmer sprechen von „Seilsfahrt“ und meinen damit auch den unterirdischen Weg der Befehlschleife. Zahlreiche Beweise liegen dafür vor, daß Beamte als „Arbeitszeit“ nur die Zeit anrechnen, die „vor Ort“ zugebracht wird. Wenn sich die Kameradschaft eher auf den Weg (unterirdisch) zum Schacht begeben, dann muß der Steiger auf und befreit eventuell. Nur dadurch ist es möglich gemacht, daß, wenn laut Arbeitsordnung die Arbeitszeit auch auf acht, neun oder zehn Stunden bemessen ist, die einzelnen Arbeiter dennoch 1/2—1 1/2 Stunden länger unter Tage bleiben als die von der Arbeitsordnung angegebene Zeit ausmacht.

Das ist eben die alte und wichtigste Streitfrage im Bergbau. Die Arbeiter wollen den ganzen unterirdischen Aufenthalt als Arbeitszeit betrachtet wissen, schon weil sie ja auch während dieser ganzen Zeit der Werkzeugschleife unterliegen sind. Dagegen streben sich die Werksverwaltungen.

Wagt man nun die Ausrufungen von Werksvertretern über die Arbeitszeit im Bergbau, so fragt man sich erstaunt: Wenn das richtig ist, was die Werksverwaltungen behaupten, wozu dann der große Kampf um die Arbeitszeit und die Seilsfahrt?

Herr Bergwerksdirektor Hilck erklärte am 28. März 1905 im Landtage:

„Der z. B. morgens 6 Uhr als letzter einfährt, der kommt, sofern die Fahrzeit, also die Zeit des Einfahrens, eine halbe Stunde dauert, genau um 2 1/2 Uhr heraus, und wenn die Seilsfahrt eine Stunde dauert, so kommt er um drei Uhr heraus, länger als neun Stunden ist in diesem Falle niemand in der Grube. Ich will noch bemerken, daß die Zeit für die Erreichung des Arbeitspunktes vom Schacht bis zum Ort auch in der Arbeitszeit inbegriffen ist und daß die eigentliche Arbeitszeit niemals länger als sieben Stunden beträgt!“

Was sagen die Vergleiche dazu? Sie werden den Kopf schütteln. Aus dem Wort Hilck geht deutlich hervor, daß er den unterirdischen Weg mit zur Schichtzeit rechnet, aber wo sollen denn die 30—60 Minuten „Fahrzeit“ oder „Seilsfahrt“ für den einzelnen Arbeiter herkommen? Er bleibt doch keine 30—60 Minuten auf dem Korb hocken, oder wie will der Herr Sachverständige verstanden sein? Unrichtig ist direkt, daß die „Zeit für die Erreichung des Arbeitspunktes bis zum Ort auch in der achtstündigen Schichtzeit ist.“ Wäre das überall der Fall, wie sollte dann überhaupt ein Streit wegen der Verlängerung der Schichtzeit entstanden sein.

Daß Herr Hilck die ganze Sachlage unrichtig dargestellt hat, geht schon hervor aus dem Kommissionsbericht des Herrn Hauske. Dort sagt der Berichterstatter auf Seite 19:

„Die ganze Bestrebung auf Einrechnung der Seilsfahrt scheint in der Hauptsache darauf hinauszuweisen, sich den (unterirdischen) Weg vom Förderseil nach der Arbeitsstelle mitbezahlen zu lassen, und das sei sehr bedenklich.“

Allerdings, die Arbeiter fordern Bezahlung der Zeit, die sie untertags zubringen müssen; sie verlangen, daß der ganze unterirdische Aufenthalt als Schichtzeit gerechnet wird. Neben wir ein Beispiel: Auf einer Beche beträgt die Schichtzeit laut Arbeitsordnung acht Stunden. Die Seilsfahrt (Einfahrt) für die Frühsschicht dauert von 5—8 Uhr und beginnt wieder (Ausfahrt) um zwei Uhr. Wer mit dem ersten Korb um fünf Uhr einfährt, ist um ein Uhr schon acht Stunden unter Tage, kann aber erst um 2 oder gar 2 1/2 Uhr ausfahren. Statt der achtstündigen ist also infolge der „Seilsfahrt“ eine neunstündige Schicht schließlich geworden, ja oft dauert der unterirdische Aufenthalt noch länger. Es gibt Bechen, wo die Seilsfahrt über eine Stunde dauert. Daß auch der Weg vom Schacht zum Ort in die Arbeitszeit eingerechnet wird, wie Herr Hilck behauptet, wird widerlegt durch den Kommissionsbericht des Herrnhäuser.

Herr Oberberghauptmann v. Welfen erklärte in der Herrenhauskommission (Seite 21 des Berichts):

„Für Westfalen sei die regelmäßige Arbeitszeit, also die regelmäßige Schichtzeit, acht Stunden vom Schluß der Seilsfahrt bis zum Wiederbeginn der Seilsfahrt. Nun soll bestimmt werden, daß durch diese Seilsfahrt die Arbeitszeit nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden soll. Man wolle damit eine willkürliche Verlängerung der Seilsfahrt, wie vielfach geschehen sei (11), hindern; man wolle dem Bergwerksbesitzer sagen: Du mußt dich so einrichten, daß Du mit dem Einhängen der Beute in einer halben Stunde fertig wirst. Kannst Du oder willst Du das nicht, so mußt Du Dir gefallen lassen, daß die überschüssige Zeit auf die Kohlenförderung eingerechnet wird.“

Herr v. Welfen umgrenzt hier ganz genau den Begriff „Seilsfahrt“. Er bestreitet auch die Bergarbeiterklagen über vielfache willkürliche Seilsfahrverlängerung. Herr v. Welfen sagt ausdrücklich: beträgt die regelmäßige Schichtzeit laut Arbeitsordnung 8, 9 oder 10 Stunden (eine Verlängerung gegen den jetzigen Stand verbleibt das Gesetz), dann darf der einzelne Arbeiter nicht länger wie 8 1/2, 9 1/2 bzw. 10 1/2 Stunden unter Tage gehalten werden. Heute ist ja wohl kein Arbeiter verpflichtet, länger zu arbeiten als die Arbeitsordnung vorschreibt, aber was kann ihm das helfen, wenn er unten an den Schacht kommt und muß 1/2—1 Stunde auf den Beginn der Seilsfahrt warten. Die Bechen halten streng auf achtstündige Produktförderung, die Menschen müssen eben warten. Das hat die große Erbitterung erzeugt, um so mehr, weil nach und nach die Kameradschaften stärker angehalten worden sind, so lange vor Ort zu bleiben bis die Mannschafsförderung beginnt. Auf diese Weise nur konnte ein 9 1/2—10stündiger unterirdischer Aufenthalt für die Arbeiter herauskommen, wie das im Prozeß Holland festgestellt wurde.

Wenn die Schichtzeiten so geregelt sind, wie die Werksvertreter behaupten, dann wissen wir wirklich nicht, weshalb sie sich z. B. im Ruhrgebiet so heftig gegen die Arbeiterforderung betr. Regelung der Schichtzeit wehren. In dem Prozeß des Bergmeisters Engel gegen den Allgemeinen Beobachter gab Engel zu, einen von Diebstahl in der „Mhein.-Westf. Ztg.“ vom 27. Januar 1905 geschrieben haben zu können. In diesem Artikel heißt es:

„Wir sind mit allen Menschenfreunden von Herzen froh, daß die deutsche Industrie diese Arbeitszeit stetig heruntergedrückt hat und daß heute der Bergbau mit 8 Stunden Arbeitszeit auskommt. Diese Arbeitszeit ist heute festgelegt auf 8 Stunden unter Tage. Von den 8 Stunden ist der Gang vom Förderseil zum Ort (Arbeitsort) abzuziehen, sobald eine Netto-effektive Arbeitszeit von vielleicht 7 1/2 Stunden übrig bleibt. Die Bruttoarbeitszeit ist jedoch über 8 Stunden, weil die Seilsfahrt, d. h. die Beförderung von der Beche nach unten hinunter; diese Seilsfahrt ist natürlich von sehr verschiedener Dauer. Auf kleineren Bechen kommt der Mann mit einer Wertestunde aus; auf großen Bechen steigt die Warte- und Beförderungszeit etwa bis zu einer Stunde. So kann man etwa sagen, daß die Netto-Arbeitszeit 7 1/2 bis 7 3/4 Stunden, der gesamte Aufenthalt auf der Arbeitsstätte der Beche 8 1/2 bis 9 Stunden beträgt.“

Wir bestreiten auch Herrn Engel gegenüber, daß die „effektive Arbeitszeit“ 7 1/2 Stunden beträgt und daß den Belegschaften nur die Seilsfahrt nicht in die Schichtzeit eingerechnet wird. Geschähe es, gäbe es keinen Streit mehr darüber. Es wird aber auch in der „Mhein.-Westf. Ztg.“ angegeben, daß die Seilsfahrt bis zu einer Stunde steigt; wir sagen sie dauert oft noch länger. Jedenfalls ist der Bruch des Versprechens vom 18. Mai 1889 gegeben und damit auch der Vorwurf hinlänglich geworden, die Arbeiter hätten „Kontraktbruch“ begangen.

Hören wir nun auch, was Herr Bergmeister Engel in der Juni-Generalversammlung des Bechenbesitzervereins in Essen ausführte über die gesetzliche Festlegung der halbständigen Seilsfahrt. Er sagte:

„Wenn auch durch Bestätigung der Bestimmungen über den Maximalarbeitsstag aus dem Gesetz dieses eine wesentliche Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage erfahren hat, so wird durch die beibehaltene Bestimmung, daß die Seilsfahrt auf eine halbe Stunde konzentriert werden muß, eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, welche entschieden auch auf die Gesundheit der Arbeiter einen sehr empfindlichen Einfluß ausüben wird. Der Hinweis, daß auch in einer kürzeren Schichtzeit, wie es die bestehende ist, gleich viel gefördert werden könne, ist hier nicht stichhaltig, weil in unserem Bezirke ohnehin schon die kürzeste Arbeitszeit besteht. Dies hat der Herr Oberberghauptmann selbst anerkannt, indem er sagte, daß man natürlich die Arbeitszeit nicht um grade (fortwährend) verkürzen dürfe. Dazu kommt ein Moment, was man auch nicht übersehen darf, die Verkürzung der Seilsfahrt, wie sie die Novelle verlangt, setzt teilspielige Klencnrichtungen voraus. Die Fördermaschinen müssen soweit es geht zu höherer Leistung befähigt werden, oder es muß durch Einbau größerer Räder für Förderung einer größeren

Menschenmenge gefördert werden. Inwieweit § 197 zu Veränderung der Verhältnisse Anlaß gibt, muß man die historische Entwicklung entscheiden lassen.“

Diese Erklärung steht im schroffsten Widerspruch mit anderen aus Werksvernehmungen. Einmal soll die Seilsfahrt „höchstens eine halbe Stunde“ dauern, das andere Mal heißt es, wenn nur eine halbe Stunde Seilsfahrt gestattet sei, so müßten „losgelassene Neueinsteiger“ getroffen werden. Was ist denn nun eigentlich Wahrheit? Heute wird bestritten, daß die Unternehmer ihr Wort gebrochen, die Seilsfahrt dauere „tatsächlich durchschnittlich nur eine halbe Stunde“, morgen heißt es: wenn das Gesetz halbständige Seilsfahrt vorschreibt, so müssen wir — die Seilsfahrpreise erhöhen! Was ist Wahrheit? Auf alle Fälle sehen wir wieder, wie sehr man genötigt ist, die Auslassungen der Werksvertreter recht kritisch entgegenzunehmen. „Seilsfahrt“, „Ein- und Ausfahrt“, „Schichtzeit“, „Arbeitszeit“, alles wirbeln sie durcheinander. Wir haben alle Ursache, diesen Verwirrungsversuchen gegenüber energisch auf eine Auslegung des Gesetzes zu achten, die dem Sinn des § 93b entspricht, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll.

In Bezug auf die angebliche Erhöhung der Förderkosten durch das neue Gesetz wollen wir das Gutachten des Herrn Oberberghauptmann v. Welfen zitieren. Der Herr Oberberghauptmann beschränkt in der Herrenhauskommission die voraussichtlichen wirtschaftlichen Folgen des Gesetzes, welches den Werksbesitzern angeblich „höchst un bequem“ sei. Das ließe sich nicht ändern,

„... aber, sagte Herr v. Welfen, er würde es für durchaus ungerechtfertigt halten, wenn etwa die Herren in Westfalen aus diesem Grunde die Kohlenpreise heraufsetzen wollten. Läßen sie das, so hätten sie das schon vorher beabsichtigt, denn diese Sache (das Gesetz) falle gar nicht ins Gewicht.“ (Seite 22 des Berichts.)

Der Ansicht sind auch wir. Die „Herren in Westfalen“ haben aber schon für spätere Lieferungen einen Zuschlag von 50 Pfg. pro Tonne beschlossen, als sie noch gar nicht wußten, was das Gesetz bringen würde. Wie die „Herren in Westfalen“ durch den Streik ein Geschäft machten, so werden sie nicht verfehlen, zu rechter Zeit wieder laut zu jammern über „steigende Löhne“, wenn die Geldkränne anschwellen. Sie verstehen den Mummel aus dem ff.

Sind die Vergleiche so gut und einzig organisiert wie die Unternehmer, dann erst werden die Herren von ihrem Ueberfluß mehr abgeben müssen an die schwer schuftenden Grubenproletarier.

### Weitere Beschimpfungen christlich gesinnter Arbeiter.

Unser Artikel im Nr. 27 dieser Zeitung hat eine ganze Anzahl kirchlicher Federn in Bewegung gesetzt zu dem Zwecke, aus schwarz so viel wie nur möglich weiß zu machen. Einer unserer Gegner glaubt besonders geistreich zu sein, indem er höhnt, wir „ärgeren“ uns über die Anschuldigung der Worte Lejens. Wir geben gern zu, daß wir uns sehr ärgern über alles, was geeignet ist, die so hochnotwendige Eingetragtheit der Arbeiter zu stören. Unser Streben ist gerichtet auf die Einigung aller Arbeiter gegenüber dem einmütig auftretenden Kapitalisten. Hat es nun jemand darauf abgesehen, etwas unpassende oder auch unrichtige Uebersetzungen irgend eines bekannten Arbeiterführers mit Befragen Brett zu treten, so beweist der Fejer damit, daß die Schürung von Zank und Streit innerhalb der Arbeiterschaft kein Lebenszweck ist. Wir besitzen nicht den Gynismus der Leute, die auf allen Waffen ihr „Christentum“ anpreisen und dabei sich königlich freuen über Angriffe auf die religiöse Einstellung der Arbeiter. Wer sich systematisch und mit teuflischer Freude an der Verhegung der Arbeiter beteiligt, der ist ein Schädling, den werden wir stets beim rechten Namen nennen. Die Bechen- und die Zentrumspresse freuen sich über Ausprüche, die zur Verhegung der Arbeiter ausgenutzt werden können; die „Bergarbeiterzeitung“ dagegen bekämpft alle Freunde der Arbeiterzersplitterung. Der Arbeiter schaft tut brüderliche Eingetragtheit not, und ein Arbeiterfeind ist, wer diese Eingetragtheit hindert.

Sollten unsere Gegner aber annehmen, wir seien „ärgerlich“ über die betriebene Feje, weil wir den Fejern nicht den Mund stopfen könnten, nur, wenn das gelandt wird, so werden wir unsere Mappe zur Hand nehmen müssen und der Kameradschaft zeigen, wo die Leute sitzen, die kalten Blutes, wohlüberlegt die ungeheuerlichsten Beschimpfungen gegen die religiöse Ueberzeugung anderer Menschen schleudern. Man glaube nur ja nicht, wie feien nicht in der Lage, den Fejern mit wichtigem Material zu dienen. Wenn wir bisher zurückhaltend gewesen sind, dann nur, weil wir hofften, die Fejerer würden nachlassen. Ist das nicht der Fall, dann müssen wir eben aus unserer Zurückhaltung heraustreten. Dann müssen wir nach dem Grundsatz handeln: die beste Verteidigung ist der Hieb!

Für heute wollen wir nur wenige Bemerkungen machen, die nötig sind, um unsere früheren Mitteilungen zu ergänzen. Die grünen das berühmte Wort Brust's über die „allerchristlichsten Legenden“ aus.

Herr Brust schrieb im „Bergknappen“: „Man kann mit Recht sagen: In den allerchristlichsten Gegenden wird die Arbeiterschaft am meisten vernachlässigt und bleibt am rückständigsten!!!“

Um diese denkbar schwerste Beschimpfung der christlichen Volks-erziehung abzuschwächen, schreibt die kirchliche Presse, Brust sei ja auch nicht wiedergewählt worden. Dadurch soll der Anstoß erweckt werden, als ob Brust wegen seiner ungeheuerlichen Beschimpfung des Christentums bestraft worden sei, indem er nicht wiedergewählt wurde zum Vorsitzenden des Gewerbevereins. Die Sache hat aber einen Haken. Brust beschimpfte nämlich die christliche Volks-erziehung schon im „Bergknappen“ vom 4. Januar 1902! Dort ist das oben erwähnte Schimpfwort zu lesen! Brust wurde aber trotzdem 1902, 1903 und 1904 wieder zum I. Gewerbevereinsvorsitzenden gewählt!!! Brust wurde 1902, 1903 und 1904 trotz seiner ungeheuerlichen Beschimpfung der christlichen Volks-erziehung so gar wieder gewählt zum Vorsitzenden des „Gesamt-auschnüßes christlicher Gewerbevereinsvorsitzenden“!!! Ja, der Mann, der die christliche Volks-erziehung so schwer beschimpft hatte wie Brust, wurde trotzdem für würdig er-

achtet, von der Zentrumspartei 1903 als Landtagsabgeordneter gewählt zu werden!!! Die Zentrumspresse in Köln, M. Glabbech und im Ruhrgebiet hat Brust trotz seiner Schimpferei auf das Christentum warm empfohlen.

So liegen die Dinge, daß man sagen kann, Brust ist erst zur höchsten Würde, die seine Partei, das Zentrum, verleihen kann, dem Parlamentsmandat gekommen, nachdem er die christliche Volkserziehung in Grund und Boden geschimpft hatte. Wenn ein Mitglied einer freien Gewerkschaft das Christentum so beschimpft hätte, wie der Zentrumsdag. Brust, o weh! wie würde da ein Pfaffenlärm entstehen — aber Brust wurden neue Ehren und Würden verliehen. Ihm wurde sogar Belohnung zuteil.

Weil Gewerkschaftssekretär Effert es für nötig hielt, sehr ausführlich die Aeußerung Regens zu verwenden, dabei so weit möglich die christlich-gesinnten Kameraden zu beschlagen, wurden wir gezwungen, auch dies zurückzuweisen und Effert den Rat zu geben, sich selbst erst einmal eine höhere Achtung der evangelischen Bergleute anzugewöhnen, bevor er sich als Splitterrichter aufspiele. Kamerad Effert antwortet darauf in einem längeren Artikel, der aber wohlwollend den Kern der Sache nicht berührt. Wir haben seinen Satz aus dem Zusammenhang gerissen, sondern die entscheidende Stelle wörtlich mitgeteilt aus der „Essener Volksztg.“ vom 6. Juli 1905. Darin schreibt Effert:

„Sehe das „Tageblatt“ dem Gewerbeverein einen evangelischen Bergmann, der in Wort und Schrift fähig ist, im Sinne der christlichen Bergleute tätig zu sein, ohne beim „Tageblatt“ sich die Nichtsnur anzudeuten lassen zu müssen, so darf es versichert sein, bei der nächsten Generalversammlung werden sowohl die katholischen Delegierten, als auch der jetzige erste Vorsitzende nichts gegen seine Wahl an erste Stelle haben und gerne in Freundschaft und Kameradschaft mit ihm arbeiten zum Wohle des Gewerbevereins, ebenso wie die evangelischen Kameraden es jetzt mit Köster tun.“

Was damit gesagt sein soll, versteht jedes Schullind. Das „Tageblatt“ wird von Effert ein „Unternehmerorgan“ genannt. Effert ist ein genauer Kenner des Gewerbevereins und wenn er sagt, das „Tageblatt“ solle dem Gewerbeverein einen fähigen, vom Unternehmertum unbeeinflussten evangelischen Bergmann zeigen, so erklärt Effert damit, daß er nur unfähige oder zehntausendmalige evangelische Bergleute kenne! Also unter den evangelischen Bergleuten, die dem Gewerbeverein angehören, befindet sich nach Effert kein geheimer Kopf und zuverlässiger Gewerkschaftler. Das soll wohl gar eine Schmeichelei für die evangelischen Kameraden sein, wenn man sie Dummköpfe und Besenfreunde nennt? Es wäre uns natürlich nicht eingefallen, Effert seine Beurteilung des evangelischen Volksteils vorzuhalten, wenn nicht gerade Effert sich bestrebt hätte, unpassende Aeußerungen anderer Gewerkschaftler recht eifrig in der Agitation auszusprechen. Da Kamerad Effert in seiner Erwiderung auch Anspielungen macht von der Art, wie sie früher Brust beliebte, so sind wir gezwungen, auch in dieser Hinsicht zu untersuchen, ob er das Recht hat, anderen Leuten „Wandlungsfähigkeiten“ vorzuwerfen. Nur Geduld.

Bekanntlich hat Brust schon höhnisch gesagt, es müßten erst „evangelische Schlaulüpfen“ werden. Effert kennt aber auch keine „evangelischen Schlaulüpfen“. Die Wertschätzung der evangelischen Arbeiterkraft ist ansehnlich Grundzug im Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands. Die wichtigsten und einflussreichsten Stellen sind nämlich ausnahmslos mit Zentrumskleuten besetzt!

Natürlich wird nun wieder gesagt werden, wir wollten „konfessionelle Hege“ betreiben. Nichts liegt uns ferner. Aber wenn man seitens der M. Glabbecher systematisch darauf ausgeht, in die gewerkschaftlichen Kämpfe religiöse Fragen hineinzuschleppen, dann haben wir die Pflicht aufzudecken, wie geringfügig die M. Glabbecher Sendlinge die Angehörigen einer anderen konfessionellen Gemeinschaft behandeln. In die Gewerkschaftsbewegung sollen mit Gewalt ungehörige Zwistigkeiten über Religion und Partei hineingetragen werden; enthüllen wir aber in der Abwehr, wie hochmütig die Merkmalen auf die Mitglieder der evangelischen Volksgemeinschaft herabschauen, dann jammert man in M. Glabbech über „konfessionelle Hege“. Dieser Trid zieht nicht mehr, die Bergleute haben im Generalstreik erfahren, wie unbedingt notwendig eine enge Kameradschaft ist. Sie verwünschen die Verheerung und wollen brüderliche Einigkeit.

Es ist tatsächlich erstaunlich, mit welcher Rücksichtslosigkeit die M. Glabbechischen Sendboten gegen Andersgesinnte vorgehen. Vor uns liegt die Nr. 13 des „Przyjaciół Robotników“ („Arbeiterfreund“) vom 18. Juni 1905. Dies Blatt wird von dem „Gesamtverband christlicher Gewerkschaften“ herausgegeben für die polnisch sprechenden Mitglieder christlicher Gewerkschaften. In der betreffenden Nummer wird berichtet über eine in Inowrazlaw am Pfingsttag von der „polnischen Berufsorganisation“ abgehaltene Versammlung. Der Referent Sosinski-Wochem sprach über die Verhältnisse seiner Organisation und den „Wiarus Polski“ (Wochem). Der „Przyjaciół Robotników“ bezeichnet die Mitteilungen Sosinskis als „abgeleitete Lügen“. Die polnische Vereinigung gehe darauf aus, die Arbeiter auszubehnen, die polnischen Führer kauften sich der Reihe nach „Vorwerke“ (Landgüter). Dies habe auch Herr Wrejski, der Vater der polnischen Vereinigung getan. Also appelliert das Organ des „christlichen Gesamtverbandes“ an die niedrigsten Instanzen! Das soll wohl erzieherisch wirken? Aber jetzt kommt die Höhe! Wörtlich schreibt der „Przyjaciół Robotników“:

Hier reden also die (polnischen) Führer den größten Nutzen in die eigenen Taschen — und Du, Arbeiter, zahl' für sie. Nicht verstehen können wir, warum die polnische Presse und das Volk sich nicht mit der Angelegenheit näher befaßt, warum sie gestatten, daß diese Menschenfresser (wörtlich überseht) ihre Bäuche ausklopfen. Nun dies ist sicherlich polnisch und katholisch. Wenn dies so ist, dann hören wir auf, uns darüber zu wundern.

Ist das nicht ein „feiner“ Ton, der „erzieherisch“ wirken muß? „Menschenfresser“, die sich „ihre Bäuche ausklopfen“ nennt das Gewerbevereinsorgan die Führer der Polen, und höhnisch wird gefragt, ob das „katholisch“ und „polnisch“ sei. Was das „Menschenfressen“ und „Bauchausklopfen“ mit der katholischen Religion zu tun hat, weiß natürlich nur das Gewerbevereinsorgan mit dem „feinen Ton“. Jeden heiligen Katholiken muß aber doch empören, wie hier das „christliche“ Gewerbevereinsblatt in seine persönlichen Lästerungen auch die katholische Religion hineinzugschiebt! Der polnische Katholik wird als Lölchel hingestellt, der sich ausbeutet und betrügen läßt. Dummköpfe werden die christlich-gesinnten Polen genannt. Auch das sei festgestellt.

Gibt nun der vom „Gesamtverband christlicher Gewerkschaften“ herausgegebene „Przyjaciół Robotników“ die christlichen Polen für dumme? Bewahre! Wir wollen noch eine Beschimpfung mitteilen.

Regien soll in Köln auf dem Gewerkschaftskongress gesagt haben: „Die freien Gewerkschaftler sind antireligiös weil sie vernünftig sind.“ Regien betreibt, so gesprochen zu haben. Lassen wir das zunächst. Festgestellt sei aber nochmals, daß Regien jene Aeußerung nicht auf dem Kongress getan hat, deshalb ist der Gewerkschaftskongress in keiner Weise verantwortlich zu machen. Wenn aber Regien wirklich seine persönliche Ansicht über „Unvernunft“ und „Religion“ äußerte, so ist das nicht entfernt so schlimm gewesen als was Brust über die religiöse Erziehung schrieb.

Je doch, es soll keiner mit Steinen werfen, wenn er im Glashause sitzt. Vor uns liegt die Nr. 28 des „Górnik Polski“ („Polnischer Bergarbeiter“) vom 15. Juli 1905. Dieses Blatt ist die polnische Ausgabe des „Bergknappen“. Wie urteilt dieser Organ über die christlich-gesinnten Polen? Nun, hier „Górnik Polski“ schreibt:

Was den „Wiarus“ (Wochemer Polenorgan) und seine Anhänger anbetrifft, so müssen wir Regien recht geben. Da sie tatsächlich gedankenlos sind und nicht das Wohl der Arbeiter im Auge hatten!

Da haben wir das Bekenntnis! Also die polnischen Arbeiter, die religiös gesinnt sind und ihrer nationalen Partei anhängen, sollen unvernünftig sein, auf sie soll das Wort Regiens zutreffen. Die polnischen Arbeiter sind fast durchweg gut katholisch und streng religiös gesinnt. Und diese Leute nennt das Organ des Gewerbevereins „gedankenlos“, unvernünftig! Was werden unsere polnischen Berufsgenossen zu ihrer Abstempelung als „Dummköpfe“ sagen? Wir unsererseits protestieren nachdrücklich gegen die Beschimpfung und Verhöhnung der polnischen Arbeitsbrüder!

Für heute sei es damit genug. Auf jeden Versuch, den Pantapfel in die Bergarbeiterkraft zu werfen, werden wir mit weiterem Material über die wirklichen Beschimpfer christlich-gesinnter Arbeiter antworten.

### Fünfzehn Wochen im Kampfe.

Wer lange Jahre hatte man gebettelt, vier Jahre lang sich erniedrigt. So bettelt und erniedrigt sich so leicht niemand, der auf sein Recht besteht und dieses Recht auch auf seiner Seite hat. Die armen Grubenarbeiter in den schlesischen Bergen aber sind sehr geduldig, sind im Glend groß geworden, und Glend stumpt ab, schließlich auch den Stolz. Oder aber die Neuroder Bergarbeiter — um diese handelt es sich — hoffen schließlich doch noch das Herz des vielgeleiteten Zentrumsmannes und stolzen Reichsgrafen Magnt zu rühren. Nicht alle hoffen, da man schon gewisse Erfahrungen hinter sich hatte. Vor mehreren Jahren waren eine große Anzahl Grubenarbeiter von den Magnt'schen Gruben abgelegt worden, und unter diesen Abgelegten konnten wir meist diejenigen Personen finden, die im Auftrag der Belegschaften bisher die Forderungen der Arbeiter zu vertreten hätten.

Nach seinem Lohnvertrag kann selbstverständlich der Arbeitgeber ihm mißliebigen Arbeitern kündigen wie und wann er will. Gründe sind billig wie Brombeeren, wenn man Gründe überhaupt haben will. Doch eines war selbstam. Dem „Hauptaufseher“, der unter den Bekündigten sich selbstverständlich mit befand, bot man später eine Arbeit an, bei der er sich nicht weigern zu tun brauchte. Die Arbeiter, wie auch unser Kamerad nahmen an, daß solches Anerbieten nur kam, weil die Unzufriedenheit durch die Entlassung der 64 Mann nicht ab-, sondern zunahm. Die Lohnzulage aber blieb aus, mehr noch, man zwang die Arbeiter, wo man nur konnte. An Stelle der alten Kommissionen traten neue — die in den Werksstatuten festgelegten Arbeiterausschüsse — in Funktion. Aber auch diese erlangten so gut i. nichts. Wie überall, so bildeten auch hier die Arbeiterausschüsse Luft — elende Staffage einer noch elenderen Sozialreform. Den Lohnforderungen setzte man leere Versprechungen entgegen. Als die Belegschaften sahen, daß es statt besser immer noch schlechter wurde, da mahnten sie energischer um Erfüllung ihrer billigen Wünsche.

„Streikt doch! Ich habe schon zwei Streiks mitgemacht, ich werde auch mit dem dritten fertig werden!“ So sprach der Werksdirektor Herr Danilow, und der Streik brach aus —

Am 5. Dezember 1904 deuteten die Schöte der einzelnen Schächte der Magnt'schen Werke an, daß es nicht mehr mit rechten Dingen zuginge. So war es. Von 1900—2000 Mann Gesamtbelegschaft waren 1850 in den Ausstand getreten. Es sollte der Werksverwaltung schwer werden, die streikenden Arbeiter wieder zur Milderer an die Arbeit zu bewegen. Herr D. sollte es bald erfahren, daß er es nicht mit seinen Landsleuten in Oesterreich zu tun hatte, die wohl den Mut zur Abwehr, leider nicht die Organisation als Rückhalt in ihrem Kampfe hatten. Auch wäre es sehr gut gewesen, nicht die beiden Streiks zu erwähnen. Einer derselben brach, wie uns mitgeteilt wurde, wegen schlechter Wetterung aus, der andere war ein Teil des großen österreichischen Bergarbeiterausstandes im Jahre 1900. Ein den „Neuroder Ton- und Kohlengruben“ nahegelegener hoher Herr hat denn auch recht unverhohlen nach Beendigung des Streiks seine Meinung über obigen Auspruch fallen lassen. Und doch war der Auspruch die Janjarel Statt Entgegenkommen die Zurückweisung in solcher Form. Die Arbeiter hätten Prügel verdient, wenn sie nicht zur Abwehr geiffen!

Fünfzehn Wochen dauerte der Kampf — fünfzehn Wochen ertrug die Masse alle Entbehrungen eines langen Kampfes. Während bei den Feinden der Arbeiter oft das Erwachen niedrigster Instanzen sich bemerkbar machte, führten die Arbeiter den Kampf in solcher Ruhe, daß sich selbst Befürchten, ja selbst das Gerücht in Glas über diese Ruhe anerkennend aussprachen. Ja, wenn nun solches der Fall war, warum dann nachträglich die mehrfache Verurteilung des Streikleiters? Warum? In sämtlichen Prozessen sagten die Zeugen aus, daß der Streikleiter immerfort zur Ruhe mahnte, ja daß sein Vorgehen diese Ruhe aufrecht erhielt. „Sie folgten ihm blindlings!“ so meinte der Gendarmerie-Oberwachmeister. Und doch zeigen die Strafen in vier Fällen — 3 + 14 + 21 Tage Gefängnis sowie 100 Mark Geldstrafe — daß es nicht genügt, Tag und Nacht zu opfern, um diese anerkannte Ruhe aufrecht zu erhalten, sondern man muß mehr tun. Die wirkliche Sicherheit vor dem Eingesperrtwerden beruht darauf, wenn man auch als Streikleiter das Maul hält.

In etwa fünfzig Referaten hatte man sie gefunden, die inkriminierten Stellen; Worte, aus dem Zusammenhang gerissen, genühten, um die Strafe auszusprechen. Es war die Tendenz, der tote Buchstabe des Gesetzes, der über den Angeklagten kam. Niemand ist durch das Vorgehen der Streikenden ein Haar gekrümmt worden, keiner ist zu finden, der durch die Worte von der Arbeit abgehalten worden wäre. Nein, nachgewiesen konnte werden, daß der Streikleiter Arbeitswillige ruhig zur Arbeit gehen ließ, als sie sich bei ihm meldeten und er deren Gründe anerkannte. Keiner der Streikenden sah nachher hinter diesen Leuten den Lumpen. Auch das ist vor Gericht festgestellt worden. Sie mußten ferner zugestehen, daß auch das kleinste Vergehen während des Streiks durch Androhung von Entziehung der Streikunterstützung geahndet werden sollte, aber es fielen Worte, die schon oft ungestraft bei gleicher Situation in anderen Revieren gefallen sind, Worte, die Gendarmen in abgerissenen Notizen festhielten, vor Gericht diese Notizen aber nicht finden konnten.

Fünfzehn Wochen ständiger Aufregung für die Streikenden wie für deren Führer. Da erst pükt man die Abspannung der Nerven im Kampfe gegen die menschlichen Schwächen wie der niedrigsten Gemeinheiten. Ach ja, wollte man einen Streik auf das Sich-Messen und Sich-Anpassen zwischen den direkt Beteiligten — Wert und Arbeiter — beschränken lassen, dann blieben viele Nichtsnutzigkeiten begraben. Wir denken hierbei nicht an die Behörden — über diese hätten wir uns weniger zu beklagen — aber Anklagen haben wir zu erheben gegen jene Leute, die anti-

\*) Wenn auch der Artikel etwas spät erscheint, so hat er doch noch nichts an seiner Bedeutung verloren. Nimmere kann auch die Aktion der Glaser Staatsanwaltschaft in dem Neuroder Streik als beendet erklärt werden. Die Opfer liegen „auf der Straße“ und wir können das Gesamtbild, wenn auch in kurzen Umrissen, schildern. Der Verfasser.

chambrierend ihre Südelliche dem Unternehmer zur Verfügung stellen, noch ehe sie dazu beordert waren. Wir haben sicherlich eine hohe Meinung von der Presse, auch dem Gegner bringen wir Verständnis entgegen und entziehen niemanden unsere Achtung, wenn die Angriffe aus ehrlichem Herzen kommen. Wie oft ist während des Streiks betont worden, daß das Werk selbst sich in vornehmer Weise ihrer Mittel im Streik bediene und auch die Grubenverwaltung mühte in der „Breslauer Zeitung“ einzugehen, daß auch die Streikenden im selben Sinne den Kampf führten. Nicht Freunde von Streiks, wünschen wir aber doch, daß, wenn solche Ausbrecher, diese Streiks das selbe Merkmal tragen wie es in Neurode bei Werk und Arbeitern der Fall war, Wüßen harte Worte fallen, das Gebiet der Unständigkeit braucht nicht verlassen zu werden. Wie aber sah es aus in gewissen Streiks?

Wir haben die Presse im Auge — die liberalen Zeitungen. Die Organe anderer Parteien hielten sich mehr oder weniger reserviert — aber für die liberale Presse galt es, einen derartigen zu schätzen, nicht auch den christlichsten Arbeitern galt ihre Hilfe, sondern dem Zentrumsgrafen. Und wie hat hier die Presse den Grafen geschätzt? Ost und gern haben wir uns zu der großen Ideenwelt — die uns ein Kant, Schöte, Goethe Schiller u. eröffneten und lehrten — hingezogen gefühlt. Kosmopolitisch angehaucht wie diese Großen, freuten sich Menschen, daß sie, die Herren der Welt, Kinder unseres anderen Vaterlandes waren. Sie redeten zu der Welt in unserer Sprache und wir sollten ihnen am nächsten stehen. Frei und ehrenhaft sollten die Kinder unserer Nation sich erziehen oder erziehen werden. Aber was ist? Bei Gedanken der Zeitungsorgane in der Glaser Verlagswelt zeigte sich, welcher Bekümmertheit diese Presse fähig war, die doch die hohe Aufgabe hat, das Volk zu bilden bzw. deren Sprachrohr zu sein. Wahrheit, Freiheit und Recht ist ihre Devise. Es fällt uns schwer, diese Worte auf dem liberalen Schindler auszusprechen zu müssen. Hier zeigte sich die liberale Arbeiterfreundlichkeit in bengalischer Beleuchtung, und wie. Wo die hohen Begriffe, Wahrheit, Freiheit und Recht als Schlüsselrezept liberaler Zeitungen während des Streiks in Neurode erschienen, da wurde aus Wahrheit Lüge, aus Freiheit Unfreiheit und das Recht des mißachteten Arbeiters wurde Schande mit Füßen getreten.

Sie nennen sich Schützer des katholischen Glaubens. Der katholische Glaube hat nichts gemein mit den Methoden dieser Presse: Brandstifter, Pennerbrüder, arbeitschüchernes Geistesindulgenz. Mit solchen Bezeichnungen wurden arme Bergleute belegt, die einen Minimallohn von 2,60 Mark für 9 Stunden verlangten. Und als alles nicht zog, da zerete man die Religion auf den Kampfplan. Ein widerlicheres Spiel ist uns bisher noch nicht vorgekommen. Dabei kamen Hunderte von Streikenden ihren kirchlichen Verpflichtungen jeden Sonntag nach. Wie lernen die liberale Presse verstehen. Der Streikleiter durfte nicht den Rücken wenden, gleich hieß es: er habe die Arbeiter verraten, sei durchgebrannt und dann war er wieder der Gott, der sich frech in die Herzen der Arbeiter hineingelogen hatte. Die Streikenden aber hielten fest. Die Religion der Armen hat nichts gemein mit der Religion liberaler Südelköpfe. Das haben wir nie mehr erfahren können, als da oben im Gebirge bei den Leuten, die Sonntags zur Andacht gingen und nachher mit uns auf Mittel fanden, wie den Kindern das Brot reichlicher gegeben werden könnte. Sie sahen mit in der Streikleitung, kein Weg war ihnen zu weit für ihre Kameraden. Sie hungerten, aber brachen nicht die Solidarität und diese Leute wurden beschimpft. Schließlich verfiel sie in Wahnsinn und da wurden sie endlich ungeschädlich. Im Anfang ausgelacht, wurden sie am Schluß kaum noch beachtet. Die Werkzeuge hatte den Kopf verloren. Wir sagen nicht zu viel, aber die Verunft herrschte nicht mehr in den zwei Zeitungsorganen. Ost gedrängt, lagbar vorzugehen, lehten wir solches ab. Und ein Staatsanwalt, der im öffentlichen Interesse einschritt, fand sich nicht. Als sie es dennoch taten, fielen die Opfer.

Außer der Presse gab es Leute, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, durch fortwährendes austreten falscher Gerüchte die Zersplitterung in die Reihen der Streikenden zu tragen. Einmal hieß es, der Verbandsleiter habe den Streik aufgehoben, dann waren große Transporte Arbeitswilliger unterwegs. Immer neue Gerüchte traten auf. Wir wollen hier festhalten, daß es der erste Streik war und zwar von einer Masse geführt, die der gewerkschaftlichen Schulung noch sehr bedurfte. Sind die Bergleute schon von Natur aus sehr argwöhnisch, umso mehr zu einer Zeit, wo sie ihr Schicksal an einem „Seidenfäden“ hängen sehen. Noch eines ist zu beachten.

Ob der Streik von der Verbandsleitung gutgeheißen ist, ob diese vor den Gefahren eines Streiks warnte, darauf wird nachher beim Streik selbst kaum noch Gewicht gelegt. Die früheren „Wesentlichungskräfte“ sind schon acht Tage nach Ausbruch des Streiks die Verantwortlichen geworden. Von ihnen hängt nun das Geschick des Streiks ab. So wenigstens hat Schreiber dieses es bei allen von ihm geführten Ausständen gefunden. Wie wenige Arbeiter sind vernünftig genug, sich des Geschehenen zu erinnern. Des schwarzen Verrats wäre die Verbandsleitung bezichtigt worden, auch in Neurode hätte sie den Streik nicht gebilligt. Das ist nun einmal die Jugendkrankheit, in älteren Bewegungen ist man vorsichtiger und auch sicherer. Kommt da auch die „Schloppe“, so geht die Organisation noch lange nicht auseinander — was wir oft schon bei uns im Verbands erleben mußten. Ost, selbst wenn der Streik glünftig ausfiel: „Jetzt haben wir's, wozu brauchen wir noch die Organisation“, — bis der Unternehmer die Arbeiter wieder zum Nachdenken und zu einer andern Ueberzeugung peitschte.

Kurz und gut der Argwohn unserer Abhlerknaben ist oft sehr ausgeprägt, oft so, daß ein altes Waschweib für uns dort auf einzelne Streikende einen größeren Einfluß ausübt, als die Streikleitung. So mußten wir erleben, daß das ungläubigste Zeug gläubige Führer fand und es dauerte oft lange, ehe man einen solchen Menschen wieder belehrte. Der Streik in Neurode ist reich an Erfahrungen solcher Art. Dabei darf man nicht etwa allzuviel sagen. „Wir gehen sonst zur Arbeit.“ Just so als würde gelieft für die Organisation. Nun, diese Leute wissen nicht, wie die Führer oder die Streikleitung mit mathematischer Berechnung einer Bewegung zu folgen haben — jeder Abgang von Streikenden, jede Begebenheit innerhalb des Streikes muß in seinem Einfluß auf diesen selbst geprüft werden. Die Streikleitung muß es wissen, ob es weiter gehen darf oder nicht — wenn nicht, ist oft zu viel auf eine Karte gesetzt worden. Jahrelange mühselige Agitationsarbeit ist dann mit einem Schlage vernichtet. So etwas müßten sich manche Kritiker in Gelehrten- oder Redaktionsstuben, auch Kritiker in der Arbeiterbewegung merken. Mit der Phrasie aber mit dem Gefühl ist bei solchen Kämpfen wenig anzufangen. Es könnte sich sonst nichts bitterer rächen als diese Phrasen. Ohne Schützer zu machen, geht ja kein Kampf ab, aber das Verantwortungsgefühl darf keine Minute vergehen werden. Kämpfe müssen abgedrückt werden, sie fangen an, aber immer muß Rück- und Ausblick gehalten werden, was dienlich und zweckmäßig ist.

Auch die Ausstreuer falscher Gerüchte haben uns das Leben jauer gemacht. Erlebten wir doch, daß Leute, die auf grund solcher Gerüchte nach der Grube gelaufen waren, nachher wieder aufhörten und sich als die Betrogenen hinstellten. Ost blieben sie „arbeitswillig“ aus Scham. Wenn trotz alledem die Kameraden in Neurode und Umgegend 15 Wochen lang ausharrten, so ist anzunehmen, daß bei vielen Hunderten eine tiefe Ueberzeugung von der Berechtigung und Durchführbarkeit der gestellten Forderungen vorhanden war. Wir sahen Familien buchstäblich hungern, aber nicht bezweifelnd und viele lernten wir kennen, die wirtschaftlich gut gestellt, bis zum letzten Augenblick standen, weniger für sich als für ihre ärmeren Kameraden. So etwas tröstet und gibt ein Bild

äußerer Kameradschaftlichkeit. Wo diese vorherrscht, da ist die Gewähr für erfolgreiche Kämpfe mit vorhanden.

Endlich, am 16. März 1905, konnte der Streik beendet werden. Das Ergebnis des Streiks ist den Kameraden bekannt. Um so wichtiger Bewilligungen müssen die Arbeiter 16 Wochen lang kämpfen — waren diese Bewilligungen am ersten Tage gekommen, konnte der Streik mit allen seinen Schäden vermieden werden.

Soziale Rechtspredigung und Arbeiter-Versicherung.

Die Berichte der preussischen Fabrikinspektoren für 1904 sind herausgegeben. Sie beweisen wieder die Unzulänglichkeit der Fabrikinspektion. 1903 waren 287, 1904 245 Beamte angestellt, macht laut Bericht, eine Vermehrung um acht Beamte! — In Wirklichkeit waren im Jahre 1904 40 (vierzig) Beamte weniger vorhanden, als entsprechend dem Vorjahre hätten angestellt sein müssen, obwohl auch damals bereits eine völlig unzureichende Zahl von Beamten mit Arbeit überlastet war.

Table with 2 columns: Year (1904, 1903) and Number of Officials (20, 29; 6, 6; 125, 129; 81, 79; 4, 4). Total summa 246, 287.

Die 237 Beamten des Jahres 1903 hatten 108 428 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen mit 2,5 Millionen Arbeitern zu revidieren. Die 245 Beamten des Jahres 1904 hatten 124 580 Anlagen mit 2,7 Millionen Arbeitern. Im Jahre 1903 durchschnittlich auf einen Beamten 430 Betriebe und 105 498 Arbeiter.

Die Beamten taten, was ihnen nur möglich war, um ihrer Aufgabe in Bezug auf Revision der Anlagen gerecht zu werden. Während im Jahre 1903 durchschnittlich auf jeden Beamten 210 revidierte Anlagen mit 470 Revisionen kamen, stieg diese Zahl im Jahre 1904 auf 241 revidierte Anlagen mit 509 Revisionen, die Gesamtzahl der Revisionen stieg von 118 004 auf 124 889, also um 11 745 = 10 Proz.

Und trotz aller Eile und Überanstrengung vermochten die Beamten im Jahre 1904 nicht einmal die 49,2 Proz. der vorhandenen Anlagen zu revidieren, die sie noch 1903 besucht hatten; sie kamen nur in 47,5 Proz. der revidationspflichtigen Anlagen. Außer durch diese beiden letzten Bismarckverträge der preussische Bericht von all der Unzulänglichkeit der Beamtenzahl nichts.

Aus den Bergwerbergerichten.

Oberhausen. Ein sehr eigentümliches Klüdnungsverfahren scheint der Betriebsführer R. o. v. der Zeche Deutscher Kaiser, Schacht I einführen zu wollen, wie die Bergwerbergerichtsverhandlung vom 14. Juli recht deutlich gezeigt hat. Es standen nicht weniger als fünf Klagen gegen die Zeche Deutscher Kaiser, Schacht I an, wo der Betriebsführer R. o. v. den Lohn für sechs Schichten. Zwei fällen lag folgender Tatbestand zugrunde: Die Kameraden B. J. und O. B. hatten sich die unverzeihliche Dreistigkeit erlaubt, a. B. als die Regierungskommission die bekannten Untersuchungen vorgenommen hat, diese auf einige Mithstände auf dem „Muteschacht“ aufmerksam zu machen. Dieses muß dem Betriebsführer R. o. v. nicht nach Wunsch gewesen sein, denn er bestellte die Leute — den einen auf den 1., den andern auf den 10. April — zu seinem Bureau, wo er ihnen gekündigt haben will, was die Leute jedoch bestritten. Sie erhielten nach Ablauf von 14 Tagen ihre Papiere, ohne ihrerseits sich nach anderer Arbeit umsehen zu haben, da sie ja gar nicht an eine Entlassung dachten. Sie klagten deshalb um Auszahlung von sechs Schichten, wurden jedoch mit ihrer Klage abgewiesen, da der als Zeuge vernommene Betriebsführer R. o. v. behauptete, den Leuten tatsächlich gekündigt zu haben. Der dritte Sachverhalt folgendermaßen: Der Kläger kam am 10. Mai nach der gewohnten Arbeit zurück, in dem aber der Betriebsführer im letzten Wagen mit angefahren kam. Der Kläger wollte nun diesen Wagen abhängen, was der Betriebsführer jedoch verbot, da er noch weiter mitfahren, aber nicht „umsteigen“ wollte. Der Kläger machte nun dem Betriebsführer gegenüber geltend, daß sie ohne Leere Wagen nicht arbeiten könnten und folglich auch nichts verdienen, er den Wagen eben abhängen müsse. Darauf drohte der Betriebsführer mit Klüdnung und der Kläger ließ den Zug fahren, ohne den „Schlafwagen“ des „hohen Passagiers“ abzugeben, aber dennoch erhielt er am 1. Juni seine Abreise, da der Betriebsführer das Klüdnung aus diesem Anlaß erfolgt sei, sowie betont, daß dem Angeklagten rechtzeitig bei anderer Gelegenheit gekündigt worden wäre, müßte die Sache verurteilt werden, da sie durch weitere Zeugen nicht geklärt werden soll. Die zwei letzten Klagen behaupteten ebenfalls, nicht vorchriftsmäßig gekündigt erhalten zu haben, wohl habe man ihnen mit Klüdnung gedroht, dieselbe jedoch nicht ausgesprochen. Deshalb hätten sie sich auch nicht um andere Arbeit umsehen können und seien so schwer geschädigt worden. Bei ihrer Entlassung fragten sie nach dem Grund derselben und erhielten zur Antwort, daß man keine Leute bulden wolle, die Mißstände der Grube kritisierten. Der Vertreter der Zeche behauptete jedoch, daß die Leute zwei bis vier Wochen Zeit zum Suchen nach anderer Arbeit gehabt hätten, und daß sie vorchriftsmäßig gekündigt worden seien. Sie wurden deshalb kostenpflichtig abgewiesen.

Zur Reform der Berginspektion.

Englische und deutsche Unfallziffern. Die neuesten Angaben über Verunglückungen im englischen Bergbau zeigen uns abermals, wie bedeutend wir in Deutschland im Bergarbeiterchut zurückgeblieben sind. Es sind im englischen Kohlenbergbau vorgekommen:

Table with 3 columns: Year (1902, 1903, 1904), Deaths (1024, 1072, 1055), Injuries (1,24, 1,27, 1,24), Fatalities (3745, 3922, 3754).

Vergleichen wir die englische Todesziffer mit den tödlichen Verunglückungen im Ruhrkohlengebiet (andere zusammenfassende Zahlen für 1904 liegen noch nicht vor), so haben wir dieses trübende Bild:

Table with 2 columns: Region (Ruhrgebiet, England), Year (1903, 1904), Deaths (1,981, 2,050; 1,27, 1,24).

Wir marschieren an der Spitze nicht des Bergarbeiterschutzes, aber wohl der Arbeiterverunglückung. In England amtieren schon lange die von den organisierten Vorgesetzten gewählten Arbeiterkontrollen. Bei uns in Preußen-Deutschland verweigert man den Arbeitern das gesetzliche Recht, seine Arbeitsstelle durch eigene gewählte Vertrauenspersonen kontrollieren zu lassen. Beraten die Arbeiter über dieses System in Empörung, dann sollen Gendarmen und Zuchthausgesetze den „Pöbel“ zur „Ordnung“ zurückführen. Nur wenn Massengräber sich öffnen, kriegen ein paar Tage die kapitalistischen Schmolz vor „Behmut“ — kaum ist das Grab zugeschauelt und das Schimpfen über die „faulen“ begehrtigen Vergleute ist wieder in vollem Gange.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Große Ruuanlagen sind auf den Ruhrgebiets im Entstehen begriffen. Die Nebenproduktion an den Ruhrgebiets bringen den Unternehmern so riesige Gewinne, daß im raschen Tempo die Zahl der Hochöfen vermehrt wird. Welche Neubauten erst jüngst eingeleitet oder schon in Betrieb gekommen sind, zeigt folgende Zusammenstellung: 1. A.-G. für Kohlenbrennstoffe in Gelsenkirchen. Auf der Kokereianlage in Port Latence wurde die Erweiterung um 60 Oefen zu Ende geführt und die neue Batterie in Betrieb genommen. 2. Constantin der Große. Zum Schluß des Geschäftsjahres kam die neue Kokerei von 60 Oefen mit Gewinnung von Nebenprodukten in Betrieb. 3. Bergwerk Mont Cenis. Die Verwaltung hat beschlossen, bei Mont Cenis 180 Hochöfen mit Gewinnung von Nebenprodukten zu erbauen. Sie hofft, am 1. Oktober d. J. mit der Produktion beginnen zu können und hat die entsprechende Beteiligung beantragt. 4. Zeche Neumühl. 60 neue Oefen mit Teerergänzung. 5. Röhner Bergwerkverein. Seit 1904 neue Teeröfen, wodurch die Produktion um 20 000 Tonnen stieg. 6. Essener Bergwerkverein König Wilhelm. Auf Zeche Christian Levin 70 neue Oefen in Betrieb gekommen. Auf Wolsbank sollen die 60 alten Oefen abgebrochen und durch neue mit Nebenanlagen ersetzt werden. Die Gesellschaft hat 210 Oefen mit 813 000 Tonnen Beteiligung. Auch eine dritte Gemischefabrik soll errichtet werden. 7. Bergwerk König Ludwig. Auf Gerichsburg 80 neue Oefen, wofür allerdings 100 alte außer Betrieb kommen sollen. Die Gesellschaft verfügt dann über 220 Oefen, sämtlich mit Nebenergänzung. 8. Königin Elisabeth. Neue Kokerei mit Nebenproduktengewinnung auf Schacht Joachim geplant. 9. Bergwerk Friedrich der Große. Durch die neue Batterie erhöhte sich die Leistungsfähigkeit der beiden Kokereien mit 180 Oefen auf 200 000 Tonnen, so daß eine Erhöhung der Beteiligung beantragt ist. 10. Bergwerk Graf Schwerin. Neue Teeröfen. 11. Bergbau-V.-G. Massen. Auf Schacht III neue Kokerei mit Gewinnung von Nebenprodukten in Betrieb gekommen. 12. Königsborn. Neue Batterie auf Schacht III mit 60 Oefen mit Nebenprodukten soll am 1. August in Betrieb genommen werden. 13. Zeche Grono. Zwei neue Batterien zu je 30 Oefen. 14. Zeche Bruchstraße. Zweite Hochbatterie errichtet. 15. Wesselschieder, Dannenbaum, Werne haben ebenfalls Erweiterungen ihrer Koksanlagen geplant oder angeordnet. Daneben ist die Erbauung Gemischer Fabriken in Aussicht gestellt für Rheinpreußen, Adolf v. Panseman u. a.

Die staatlichen Saarkohlengruben haben im Monat Juni in 22 Arbeitstagen 772 250 Tonnen gefördert und einschließlich des Selbstverbrauchs 767 848 Tonnen abgesetzt. Mit der Eisenbahn kamen 542 240 Tonnen, auf dem Wasserwege 18 371 Tonnen zum Versand. 23 181 Tonnen wurden durch Landfuhrer entnommen, 172 858 Tonnen den im Bezirk gelegenen Kokereien zugeführt. — Ueber die auf den Saarkohlen im Juni in Betrieb befindlichen Maschinen u. werden folgende Angaben gemacht: Dampfessel 782, Maschinen 1803 mit 80 571 Pferdestärken. Von den Maschinen sind 700 Dampfmaschinen, 441 Maschinen mit Gußbetrieb, 101 Elektromotoren, 18 Wassermotoren, 3 Petroleummotoren, 3 Gasmotoren, 11 Dampfstrahlmaschinen und 1 Hilfsmotor. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Vermehrung von 11 Kesseln und 102 Maschinen mit 5018 Pferdestärken eingetreten. Der Brennmaterialverbrauch wies mit 480 420,04 Tonnen Kohlen und 2144 Kilogramm Petroleum angegeben, die Förderung an Kohlen und Bergen betrug 12 770 214,70 Tonnen.

Die Kohlenproduktion Deutschlands im 1. Halbjahre 1905 ist zwar wegen des Streiks in Schlessen und im Ruhrgebiet um über 2 Mill. Tonnen gegen das Vorjahr zurückgefallen, jedoch die Verluste ist vorhanden, daß am Jahreschluß der Ausfall wieder wett gemacht ist. Für die Monate Januar bis Juni stellten sich die Förderziffern wie folgt: Deutsches Reich 58 080 501 To. (1. Halbjahr 1904: 58 825 710 To.) Steinkohlen, 24 044 082 (23 251 200) To. Braunkohlen, 6 554 778 (6 990 402) To. Rots, 6 077 880 (5 480 408) To. Wriketts und Napfpreßsteine. Aufschüttung: 52 042 103 (54 908 044) To. Steinkohlen, 21 088 800 (19 002 808) To. Braunkohlen, 6 521 289 (5 997 422) To. Rots und 5 855 588 (4 811 828) To. Wriketts und Napfpreßsteine. Oberbergamtsbezirk Dortmund: 29 804 077 To. Steinkohlen, 5 252 853 To. Rots und 902 811 To. Wriketts und Napfpreßsteine. Bonn: 7 115 144 To. Steinkohlen, 3 812 046 To. Braunkohlen, 610 081 To. Rots und 1 017 025 To. Wriketts und Napfpreßsteine. — Ueber den Kohlenhandel werden folgende amtliche Angaben gemacht. Von Januar bis Ende Juni betrug die Einfuhr 4 819 008 (3 121 070) To. Steinkohlen, 3 920 718 (3 799 851) To. Braunkohlen, 808 128 (265 840) To. Rots, 108 914 (64 074) To. Preis- und Torfsteine und 4789 (8727) To. Torf. Ausfuhr: 8 191 751 (8 588 605) To. Steinkohlen, 10 545 (11 893) To. Preis- und Torfsteine, 1 261 429 (1 381 074) To. Rots, 428 428 (440 455) To. Preis- und Torfsteine und 6888 (4525) Tonnen Torf.

Bayern kauft keine Kohlenbergwerke an. Die Frage des Ankaufs eines Bergwerks durch die bayerische Regierung liegt nach der „Frankf. Bzg.“ so: Im Prinzip würde die Regierung für den Bezug der Kohlen aus dem Auslande eventuell für den Ankauf eines oder mehrerer Bergwerke bereit sein, wenn der Kohlenberg den Versuch machen würde, seine Stellung dem bayerischen Staat gegenüber durch ungerechtfertigte Preisstreikereien zu mißbrauchen. Zunächst ist der bayerische Staat auf Jahre hinaus durch feste Verträge gebunden. Die Stimmung der Regierung für den Ankauf eines Bergwerks war von Anfang an eine kalte und ist im Laufe des Jahres eine noch kaltere geworden. Es sind der Regierung allerdings verschiedene Offerten gemacht worden, diese sind ihr nun vornehmlich alle zu kurz erschienen. Wenn sie trotzdem Sachverständige zur Prüfung an Ort und Stelle entsendet hat, so hat sie das nur getan, um nicht ohne Prüfung abzugeben, sondern eine allgemeine und spezielle Einsicht in die Dinge zu gewinnen. Nach dem Einlaufen der Berichte ihrer Sachverständigen hat die Regierung alle Offerten abgelehnt. Die gestellten Preise waren exorbitant. Die Regierung würde ein Bergwerk nur antaufen, wenn ihr der Bezug der Kohlen bleiben und sicher billiger zu stehen kommen würde als die jetzige Art des Bezuges. Das ist aber nicht der Fall, und da die Regierung in dieser Angelegenheit sehr kaufmännisch zu rechnen gewillt ist, ist an einen Ankauf nicht zu denken. Wenn Bergwerkswerte mit Verurteilung auf Bayern postiert werden, so bezieht das auf Wärsenmanduern oder auf falscher Beurteilung des Publikums.

Der Ankauf englischer Kohlenfelder durch deutsche Kapitalisten gibt einigen englischen Mäthern Veranlassung, recht kriegerische Stimmung gegen Deutschland zu heizen, worauf die „alldeutsche“ Presse mit gleicher Mühe heinzugreift. Whitworth Estate, 26 qkm = 12 Maximalfeldern groß in Südwales unweit Port Talbot ist von einer englischen Aktiengesellschaft (Limited Company), unter deren Direktorium sich der Besitzer Herr J. E. A. Henderson und eine Hamburger Großhandelsbank außer anderen Engländern und einem weiteren deutschen Herrn befinden, angekauft worden, um die tiefer gelegenen Kohlenflöze, welche teils Gas, teils Steinkohle, teils Anthrazit enthalten, zu bearbeiten. Es sollen durch englische Bergingenieure und englische Gelegschaft zwei Schächte abgeteuft, Kokerei, Wäsche usw. errichtet werden, wofür drei Jahre vorgesehen sind. Das Kapital wird gegen 5-600 000 Pfd. Sterling betragen in shares zu 1 Pfd. Sterling welche an der Londoner Börse eingeführt und gehandelt werden. Daran knüpfen die „Weltpolitiker“ allerhand Betrachtungen über die Rolle dieser deutschen englischen Kohlengesellschaft bei der Lieferung von Marinekohlen (wallisische Kohle ist die beste Heizkohle) im Falle eines Krieges. Wozu die Beherei zwischen Deutschland und England? Wir haben in Deutschland auch Bergwerke, die ganz oder fast ganz ausländischen Kapitalisten gehören, z. B. die Solvaerwerke, Dahlbusch, Kaiser Friedrich. Das Kapital macht seine Geschäfte international, es heuet alle Völkler aus.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der „Zug nach links“ in den christlichen Gewerkvereinen. Ueber die Statutenänderung des Gewerkvereins der Bergleute, der nunmehr nicht mehr von dem Neueintretenden ein Bekenntnis gegen die Sozialdemokratie verlangt, ist eine große Preßhefte entstanden. Alle „Böner“ eilen zu Hilfe mit ihrer Vorgesandtschaft, besonders eifrig nach dem das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine“, ihre hochweisen Bedenken über diese Statutenänderung äußerte. Das Stöcker'sche antisemitische „Reich“ strengt sich an, die „Wdl. Volksztg.“ nicht sich ab, aber sie alle können nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß aus dem „Nichtamptvereine“ etwas ganz anderes geworden ist, als was seine Gründer bezweckten. Das liegt durchaus nicht an dem Geschick oder Ungeschick von Freund und Feind, sondern es ist ein Ergebnis unserer wirtschaftspolitischen Entwicklung, die man tausendmal fortbistrieren kann und der man doch nur einmal unterworfen ist. Die Kapitalistenorgane haben ganz recht, wenn sie darauf hinweisen, daß die christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1904 an 226 Bewegungen und Streiks beteiligt waren, 133 362 Mt. für Streiks und 6 e in a p r e g e l t e ausgaben und 104 erklären, sie seien ebenso kampfbereit, hundert das Maßstab, christliche Gewerkschaften, des Verlehrs.

freubig wie die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Die Unternehmerorgane haben Recht, wenn sie das eine Entwidlung nennen, die den Wohlstand der Grubler nicht entspricht. Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe?

Im christlichen Holzarbeiterverband herrscht ein solches Streikfever, daß der Vorstand schon energisch auf das Streikreglement aufmerksam machen mußte. Die christlichen Holzarbeiter und Metallarbeiter am Niederrhein und Mittelrhein kommen aus der Bewegung nicht mehr heraus. Wer die christlichen Bergarbeiter belegen in Oberhausen über den kommenden großen Streik reden hörte, mußte sich fragen, ob das der Verein sei, den Herr Vic. Weber als „Nichtamptvereine“ aus der Taufe hob. Nun hat der „Zug nach links“ auch den konservativsten unter den christlichen Gewerkschaften ergriffen: den Gewerkverein der Bergleute. Dieser besonders im Dippeschen behelmte Gewerkverein (Vorl. E. L. E. L. E. L.) schied sich dadurch aus, daß er auch die Regelmeister als Mitglieder befaß. Er pflegte die „Harmonie zwischen Meister und Arbeiter“. Jetzt lesen wir über den Verein:

„Es werden diesen Sommer eine ganze Anzahl größerer Versammlungen in den Arbeitsgebieten der Bergleute abgehalten. In Rheinland und Westfalen, wo die Regelmeister-Verbände im Gegensatz zu dem Gewerkverein sich gebildet haben, fanden schon einige gut besuchte Versammlungen statt, in welchen es zeitweise zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Meister und Gesellen kam. Auch im Zentralverband des Gewerkvereins steht man dieser Wandlung innerhalb des Gewerkvereins nicht gleichgültig gegenüber, während der Grubler des Vereins Dr. P. Reiß, der Vereinsamtmann Hr. Justizrat Schmitzer und die im Vorstand vertretenen Regelmeister, welche zwei Drittel des Gesamtverbandes ausmachen, den Standpunkt vertreten, Mithilfe unter alten System, d. h. eine Organisation der Meister und Gesellen unter Führung der Meister, und die Organisation möglichst beschränkt nur auf Spitze zugulassen, vertritt der Geschäftsführer Elekamp mit noch einigen im Zentralverband vertretenen Gesellen den entgegengesetzten Standpunkt, Ausschluß der Meister, welcher allerdings sich nach und nach von selbst vollziehen soll, und mögliche Überdehnung der Organisation auf alle deutschen Bergleute. Die allgemeine gewerkschaftliche Tendenz weist entschieden auf den letzteren Weg. Und die bisher stattgefundenen Versammlungen haben bewiesen, daß diese Wandlung des Gewerkvereins überall in Gesellenkreisen mit großer Freude begrüßt wird, und massenhaft in verschiedenen Versammlungen Eintritte aus Gesellenkreisen in den Gewerkverein erfolgte, die sich früher der Meister wegen zurückhielten. Der Geschäftsführer Elekamp sagt mit Recht: Wollen wir im Berggewerbe eine kürzere Arbeitszeit durchführen, und für die ärmere geleistete Arbeit eine gerechtere Entlohnung, so kann dieses nur durch eine starke Gesellenorganisation erreicht werden, und nicht im Verein mit den Meistern, die schon im Winter ihre Verträge für den Sommer mit den Westlern abschließen und während des Sommers sich von jeder Propaganda um höhere Preise und Löhne fernhalten müssen.“

Der Bergarbeitergewerkverein schiffet seinen „Ehrenrat“ und seine „Ehrenmitglieder“ aus, der Regelmeisterverein entließ sich seiner „Meister“, weil die Gesellen eingeschlagen haben, daß sie nur durch eigene Kraft vorwärts kommen können. Welches Gesicht wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nach 10 oder 20 Jahren darbieten? Herr Kaplan Dr. Müller — der übrigens sich bemüht, die gewerkschaftliche Uneinigkeit der Arbeiter als prinzipiell berechtigt nachzuweisen — Herr Müller schreibt in seinem Buche über „die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ auf Seite 110:

„Die frühere Aufschauung von der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit war gegenüber der anderen, daß zwischen Kapital und Arbeit eben so sehr ein naturgemäßer Gegensatz bestehe, durch die Erfahrung in den D i n t e r g r u n d g e b r ä n g t worden.“

So beurteilt Herr Kaplan Müller die Haltung der Gewerkschaftsbewegung schon im Jahre 1900. Welche Aufschauungen etwa 1920 in der Gewerkschaftsbewegung herrschen sein werden, darüber sind wir durchaus nicht im Zweifel. Der Stein rollt.

„Christliche“ und „rote“ Bergarbeiter. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Rheinische Volksstimme“, das Organ der katholischen Bauernvereine — für die feinerzogen so wader Hollwunderzölle durchgemüht wurden: Die „Nordb. Allg. Bzg.“ bepricht die in unserm Zeitartikel in Nr. 188 datgelegte Annäherung des christlichen Bergarbeiterverbandes an die Sozialdemokratie; das offiziiöse Blatt legt dar, daß der Gewerkverein dadurch eine Annäherung an die Sozialdemokratie vollzogen habe, daß er bestrahlt gewesen sei, Schwertgelitten für ein Zusammengehen des christlichen Bergarbeiterverbandes mit der Sozialdemokratie, wenn auch nicht auf politischem, so doch auf gewerkschaftlichem Gebiet aus dem Wege zu räumen. Der Charakter des christlichen Bergarbeiterverbandes als eine die Sozialdemokratie politisch verfeindende Organisation sei jedenfalls abgeklärt worden, während der Verband andererseits in wirtschaftlicher Hinsicht eine so scharfe Kampfstellung gegen das Unternehmertum, ja auch zum Teil gegen Faktoren der Gesetzgebung eingenommen habe, daß damit das Prinzip einer nationalen, den grundsätzlichen Massenkampf ablehnenden Arbeiterbewegung in der Tat nicht mehr leicht in Einklang gebracht werden könne. Die Regierung steht also auch ein, daß die Hoffnungen, die sie auf die christlichen Gewerkschaften gesetzt hat, getäuscht worden sind. Erzbischof Müller befragt: — Das ist der Dank vom Hause Ugraria.

Die kontraktbrüchigen Unternehmer im Essener Bauergewerbe haben ihren Beschluß, trotz bestehenden Tarifs die organisierten Bauarbeiter auszusperren, durchgeführt. Sie ließen sich nicht schrecken durch das Vorgehen des Essener Oberbürgermeisters, der drohte, die städtischen Bauten auf Kosten der kontraktbrüchigen Bauherren ausführen zu lassen und 20 000 Mt. aus städtischen Mitteln zur Unterstützung für die ausgesperrten Arbeiter zu verwenden. In der Essener Stadtverordnetenversammlung, die über die Anträge des Oberbürgermeisters verhandelte, stellten sich dieselben Herren schühend vor die kontraktbrüchigen Unternehmer, die zur Zeit des Bergarbeiterstreiks große Paulen hielten über den angeblich „frivolon Kontraktbruch“ der Arbeiter. Dies mügen sich unsere Kameraden nur gut merken. Leider hat die Stadtverordnetenversammlung die Anträge des Oberbürgermeisters nicht sofort angenommen, sondern an die „soziale Kommission“ verwiesen. Hier ist Anbahnung von Einigungsversuchen und nur eventuell Unterstützung notleidender Bauarbeiter beschlossen worden. Die „soziale Kommission“ hat sich also nicht zu einer entschlossenen Tat aufgerafft, die allein den Unternehmern Respekt einflößen könnte. Die Bauherren sprachen von Herrn Zweigert per „sozialdemokratische“ Oberbürgermeister, auch ein Beweis dafür, daß heutzutage ein Mensch, der sich auf den städtigen Boden des Reichs stellt, flugs zum „Sozialdemokraten“ avanciert. An den Minister haben sich die Bauherren auch beschwerdefähig gegen Herrn Zweigert gewandt; außerdem erklärten sie kapitalstarke Herrenmenschen bereit, die Bauherren in ihrem Kampfe gegen das Arbeiterrecht mit Geld zu unterstützen. Von der Aussperrung sollen jetzt etwa 20 000 Bauarbeiter im Ruhrgebiet betroffen sein. Freie und christliche Gewerkschaftler gehen zusammen. Die gemeinsame Not hat auch hier die Arbeitsbrüder zusammengeführt. Die Unternehmer werden sich keines Sieges zu freuen haben.

Internationale Rundschau.

Christliche Gewerkschaften und katholische Partei in Oesterreich. Welche Stellung die als Gegenorganisation der freien Verbände gegründeten christlichen Gewerkschaften dort einnehmen, wo wegen der geringfügigkeit der evangelischen Bevölkerung auf diese keine Rücksicht genommen wird, lehrt uns der offizielle Anschlag der tirolischen christlichen Gewerkschaften an die katholischen Arbeitervereine, die das Mitglied der Liberalen Partei bilden. Darüber entnehmen wir einem Zentralblatt: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich selbst ist erst in den Anfängen. Gegen dieselbe sind auf katholischer Seite vielfach dieselben Bedenken geäußert worden, wie auch im deutschen Reich. Jetzt aber ist gerade im katholischen Lande Tirol die Aufnahme der vier christlichen Gewerkschaften in den Landesverband der katholischen Arbeitervereinigungen der Deutschtiroler erfolgt, nicht ohne Überwindung großer Schwierigkeiten. Es handelt sich dabei um die Ortsgruppen Innsbruck des Verbandes christlicher Eisen- und Metallarbeiter Oesterreichs, des Verlehrs.

**Gewerkschaftsverein für Innsbruck und Umgebung.** Diese vier Gewerkschafts-Vereine, an sich zu schwach, um einen eigenen Verband zu bilden, haben seit vier Jahren wiederholt um die Aufnahme in den Tiroler Landesverband nachgesucht; stets vorgehend, am 15. August 1904 wurde ihnen jedoch die Aufnahme in den Landesverband aus dem Verbandstage in Innsbruck zugesagt. Sollte also der Tiroler Landesverband sie auch ferner ausgeschlossen, so wäre derselbe in Widerspruch mit dem Landesverband getreten und eine Spaltung wäre unvermeidlich. Man hätte bisher von der Aufnahme eine Verwässerung des Katholizismus innerhalb des Landesverbandes gefürchtet. Allein jetzt entschloß sich der Tiroler Landesverband am 13. d. M. in Brünn zur Aufnahme. Vorher hatte er sich an den Stellvertreter von Brünn, Dr. Altmann, gewandt, und dieser erklärte, er habe eigentlich nie verstanden, warum eine Vereinigung der christlichen Gewerkschaften mit den katholischen Arbeitervereinen in Tirol unmöglich sein sollte; er habe nichts einzuwenden, wenn der katholische Charakter des Landesverbandes gewahrt werde und jede Parteipolitik ausgeschlossen bleibe. Diese Stellungnahme hat wesentlich dazu beigetragen, um die Aufnahme in den Landesverband zu erwirken. Letzterer nennt sich jetzt ausdrücklich: Verband der katholischen Arbeitervereine Deutschtirols mit vollberechtigtem Anschluß der christlichen Gewerkschaften. Damit sind aber christlichen Gewerkschaftsbewegungen wenigstens die von katholischer Seite ausgehenden Schwierigkeiten auf dem Wege geräumt; denn was für Tirol gilt, wird wohl auch anderwärts anerkannt werden. — Was also in Deutschland die „Rechtliche Richtung“ will, nämlich katholische Gewerkschaften, das ist in Oesterreich offiziell in Innsbruck.

**Die immerliche Lage der ungarischen Bergleute** trat in dem Streik auf den Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörigen Gruben in Pöcsen in der Höhe der Kohlenrevier zutage. Weich elendes Los auf den in der Fronde der großkapitalistischen Gesellschaft arbeitenden Slaven ruht, geht aus den Forderungen hervor, die sie stellen. Die Forderungen betragen einen Tagelohn von 2,00 Mk., die Zimmerleute einen solchen von 1,20 Mk., die Hilfsarbeiter, Wagenschieber usw. beschränken ihre Forderungen auf 2,00 Mk., bezw. 2,00 Mk., bezw. 1,80 Mk. Die Bergwerksdirektion lehnte die Forderungen rundweg ab; dagegen war das erste, was die Direktion tat, daß sie sich gleich die Unterstützung der Behörde sicherte; diese wandte sich wieder an die Militärbehörde und so ist das ganze Kohlengebiet von Soldaten überschwemmt. Die Direktion der Schiffahrtsgesellschaft richtete an die Grubenarbeiter einen Aufruf, demzufolge jeder Arbeiter, der die Arbeit nicht aufnehmen, die Wohnungen der Gesellschaft zu räumen habe. Viele der Arbeiter gehen zur Erntearbeit über, ein anderer großer Teil will nach Deutschland auswandern.

**Ein schweizerisches Urteil über die deutsche Gewerkschaftsbewegung.** Die „Arbeiterstimme“, Organ des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, schreibt: „Die Gewerkschaften brauchen Ruhe.“ Dieser auf dem Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Köln gefällte Ausspruch ist dem ganzen Gewerkschaftskongress in dem üblichen Sinne ausgelegt worden, als wenn ihn und damit die Gewerkschaften im allgemeinen eine Sehnsucht nach der tatenlosen Ruhe des fatten Philisters beherrschte hätte. In seiner „Gewerkschaftlichen Rundschau“ weist der Korrespondent der „Schwäbischen Tagwacht“ nach, daß von einem „Ruhebedürfnis“ der Gewerkschaften in diesem Sinne keine Rede sein kann. Dies lehrt ein Blick auf die gewaltige Lohnbewegung in fast allen Berufen gerade in diesem Jahre, eine Bewegung, die das ganze Wirtschaftsleben in einem Maße aufgerührt hat, wie kaum zuvor. Besonders lebhaft ist die Bewegung auch in diesem Jahre — wie in der Schweiz — gerade unter den Bauhandwerkern, welcher Umstand den Vorstehenden des Maurerverbandes, Schmeltzer, der in seinem Referat über den Generalstreik seinen Ausdruck gefunden, allein schon vor dem Vorwurf hätte schütten sollen, daß er „Ruhe“ predigen wollte. Gemeint war lediglich die Ruhe vor unnützem, theoretischem Streit, welcher geeignet ist, die Einigkeit der Arbeitermassen zu stören, und ausgesprochen sowie vom Kongress gebilligt wurde dieser Wunsch nur in der Absicht, um desto erfolgreicher den Kampf führen zu können. Und man spürt wahrlich nichts von Ruhe in der gewerkschaftlichen Bewegung, sondern wohnt man auch blickt, sieht man nur harten, bitteren Kampf, aber auch, statt ein „Ruhebedürfnis“, ebensoviel ungetriebene Kampfesfreudigkeit bei den Mitgliedern der Gewerkschaften. Es ist namentlich im Hinblick auf die zahlreichen großen Ausperrungen dieser Tage von Bedeutung, diese Launen konstatieren zu können. Wie oft hat man in den eigenen Reihen die Verächtlichkeit ausgesprochen, die Verstärkung der Gewerkschaften und insbesondere auch der stetige Ausbau der Unterstützungsanstalten können die Kampfkraft der Organisationen beeinträchtigen. Aber man kann heute mit größerem Recht das Gegenteil sagen, und es ist sicher eine große Fäulnis des Unternehmertums, wenn es glaubt und hofft, durch den verstärkten Terrorismus, der sich in den gegenwärtigen, in schneller Folge und mit brutalster Rücksichtslosigkeit infolge der gewaltigen Ausperrungen offenbart, die Gewerkschaften nutzlos zu machen, ihre Kraft und ihren Willen, den Kampf um die Lösung der Arbeiterfrage auch weiterhin energisch zu führen, brechen zu können. Es ist allen Kritikern der Gewerkschaften aus alter und neuester Zeit bringen zu empfehlen, diesen Einbildung zu nehmen in deren „praktische Gegenwartigkeit“ und zu versuchen, ihren angeblichen „Stämmigkeit“ zu verstehen, sie können alsdann leicht sich überzeugen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung weit davon entfernt ist, der „Versumpfung“ zu verfallen und die großen Ziele der modernen Arbeiterbewegung zu vergessen.

**Knappschäftliches.**

**Drei Ältesten-Ersatzwahlen**

haben am Samstag den 22. dieses Monats im Ruhrgebiet stattgefunden. Mit dem Wahlausfall kann der Verband zufrieden sein. Die Wahlen fanden statt in den Sprengeln 7 (Hamme), 122 (Mitteneffen), 273 (Wanne) und 298 (Weiberich). Die Wahlbeteiligung war im Allgemeinen schwächer wie bei der Hauptwahl am 10. September 1904. Daß bei Nachwahlen weniger Wähler zur Urne gehen, ist eine alte Erscheinung. Was aber nach den anderblaudenden Beschläffen der Generalversammlung des christlichen Gewerkschafts hinsichtlich der Knappschäftskandidaturen sehr überraschen muß, ist das wieder konstatierte Zusammengehen der Gewerksvereiner in Weiberich und Wanne mit der Bechenpartei! Die Generalversammlung beschließt, es sollen keine Vertrauenspersonen der Zeche als Gewerksvereinskandidaten fungieren, einige Wochen später werfen die betreffenden Mitgliedschaften den Beschluß über den Haufen. Noch kürzlich hat der „Bergknappe“ ganz korrekt erklärt, der im Sprengel Röhlinghausen von Gewerksvereiner und Zeche neu gewählte Älteste werde, weil er Streikbrecher sei, vom Gewerksverein nicht anerkannt. Und jetzt haben die Gewerksvereiner und Bechenpartei in Wanne trotzdem schon wieder einen Mann aufgestellt, der im großen Streik „arbeitswillig“ war! Es scheint also doch, als ob es mit der „besseren Disziplin“ und der „besseren gewerkschaftlichen Erziehung“ im Gewerksverein nicht so brillant bestellt ist, wie man das in den letzten Wochen so oft lesen konnte. Am Wahltage erhielten (berechnet nach dem ersten Mann) Stimmen: der **Verband 1036**, der Gewerksverein 769, die polnische Vereinigung 279, **die Zeche der Verband**, im Sprengel 273 der polnische Kandidat, der Gewerksverein siegte in keinem Sprengel. Die Sprengel 122 und 298 waren schon von 1898—1904 in **Wanne** Besitz; Sprengel 273 besaßen wir noch nicht; im Sprengel 7 **Hamme**. Bezwecker **Kühme-Hamme**, zweiter Vorsitzender des Gewerksvereins, siegten mit **21malig** am 10. September 1904. Unsere Mehrheit betrug damals nur 22 Stimmen. Bekanntlich wurde die Wahl für ungültig erklärt. Am Samstag siegte unser Kandidat mit 410 Stimmen über Kühme, der nur 293 Stimmen erhielt; die Mehrheit beträgt also jetzt über 100 Stimmen.

Es ist kein Ding der Unmöglichkeit, daß sich die Organisationen auch in Knappschäftlichen Angelegenheiten wieder näherten. Aber das Verhalten der Gewerksvereinsältesten im Knappschäftsvorstand wirkt so erbitternd auf unsere Leute, daß man sich gar nicht zu wundern braucht über die Niederlagen der Gewerksvereinskandidaten.

**Bei den Vorstandswahlen der Zeche „Mahlhahn“ auf den Schächten der Gewerkschaft Deutscher Kaiser wurden gewählt:** vom

**Verband 22**, vom Gewerksverein (der auch hier Bechenkandidaten mitunterstützte) nur 0. In gleicher Weise vertellen sich die Vertrauensleute.

**Wohnum.** Der „Bergknappe“ teilt einen Fall aus der Geschäfts-Kommission über Kaufmann mit, der keineswegs die Beleuchtung verdient, wie sie ihm der Knappschäftliche Gewerksmann des „Bergknappen“ angedeihen läßt. Ein Knappschäftsmittel ist in seine Heimat gereist, wurde dort krank und der Ortskrankenkasse Jaroßschin überwiesen, der von dem Allgemeinen Knappschäftsvorstand mitgeteilt wurde, der Krankenkasse habe sich dem Kreisärzte zur Untersuchung zu stellen. Der Ortskrankenkassenarzt hat die Untersuchung ausgeführt, das Urteil lautete auf **Schneidewitz**. Dem Kreisärzte stellte sich der Kranke nicht. Trotzdem zahlte ihm der Allgemeine Knappschäftsvorstand an Krankengeld, **zur- und Abzugskosten** 118,00 Mk. aus. Wir finden in dieser Auszahlung nichts anstößiges, meinen vielmehr, wenn die Krankenverwaltung auf Grund der vorgelegten Mittelste die Krankheit des Mittelstelebes anerkennt und das Krankengeld auszahlte, so hätten die Ältesten keine Veranlassung, bürokratischer als die Massenbürokratie zu sein. Der Geschäftsausschuß Oberhausen hat nämlich laut Vorstandserklärung diese Krankengeldauszahlung beanstandet, weil das Mittelste der Aufforderung, sich dem Kreisärzte zu stellen, nicht nachgekommen sei. Man kann geteilter Meinung in dieser Sache sein. Wenn die Ältesten sich nicht streng an ihre Instruktion halten, werden sie vom Vorstand bestraft oder gar abgesetzt. Daraus hat sich bei manchen Ältesten das Bestreben entwickelt, starz an dem Wortlaut der Instruktion und Satzungen festzuhalten, so sehr, daß wir ja Fälle erlebt haben, wo Älteste peinlicher auf die Statutenbedeutung drangen, auch wo sie den Mitgliedern unangenehm ist, wie die Werkbesitzer. Diese Herren stützen nämlich manchmal, welche Mängel das jetzige Statut hat, Mängel, die sich unter Umständen wider Erwarten auch gegen die Werkbesitzer kehren. Wir erinnern nur an die seinerzeit erfolgte statutenwidrige Auflockerung der Bestimmung betr. die auf den Werken noch beschäftigten Invaliden. Da sonst die Verwaltung furchtbar peinlich bei der Auszahlung eines kritischen Krankengeldes ist, kann man sehr wohl begreifen, warum der Geschäftsausschuß Oberhausen auf die Beachtung der Anordnung drang, der Kranke habe sich dem Kreisärzte zu stellen. Wir haben erlebt, daß Älteste, die in ähnlichen Fällen nachsichtig handelten, von der Verwaltung gerüffelt oder bestraft worden sind! So klar wie der „Bergknappe“ den Fall darstellt, ist er also sicher nicht. Von dem Geist, der in der Knappschäftsverwaltung besonders gegen Verbandsälteste weht (siehe Eingangsprotokoll) ist zu erwarten, daß unter Umständen eine nachsichtige Haltung gerade unserer Ältesten ihnen als „Schädigung der Masse in parteipolitischen Interesse“ angekreidet wird. Die „Eingesperrten“ sprechen. Wir persönlich sind der Ansicht, wenn die Massenverwaltung selbst die Krankheitslegitimation trotz fehlenden Kreisarztattestes für genügend erachtete, dann konnten die Ältesten diesen ruhig zustimmen und sich sogar in anderen Fällen für sich darauf berufen. Man braucht nicht überängstlich zu sein, denn nur das Bestreben, so peinlich wie möglich die Satzungen zu befolgen, verführt manchen Ältesten, bürokratischer zu sein wie die Massenverwaltung selbst. Daß die fragliche Beanstandung der Auszahlung etwa gesehen wäre aus Arbeiterfeindschaft, ist bei den von der Bechenpartei während verflochtenen Verhandlungen am häufigsten ausgesprochen. Auch der „Bergknappe“ wird diese Behauptung nicht aufstellen. Wie wenn die Sache aber umgekehrt läge, wenn der Geschäftsausschuß Oberhausen die Auszahlung bewilligte und die Verwaltung auf Grund des fehlenden Kreisarztattestes die Auszahlung verweigerte, was schon häufig geschehen? Dann würde wieder ein Geschrei über unsere Ältesten erheben, dann würde man ihnen vorwerfen, „pflichtwidrig“ gehandelt zu haben. Wir machen übrigens darauf aufmerksam, daß in der letzten Sitzung des Knappschäftsvorstandes auch ein Fall entschieden wurde, der dem „Bergknappen“ wohl nicht bekannt geworden ist. Es handelte sich um die Frage, ob Invalidentrenten, die sich nicht der ärztlichen Nachuntersuchung stellen, wie bisher nur vorläufig die Rente zurückgehalten bekommen sollen bezw. über sie nur eine „Ordnungsstrafe“ verhängt werden soll, oder ob die ganze Rente zu entziehen sei! Der Invalide Weyer-Gelsenkirchen weigerte sich, den ihm vom Vorstand angewiesenen Dr. Thomas zur Nachuntersuchung in Anspruch zu nehmen, Weyer verlangte vom Oberarzt untersucht zu werden. Die Werkbesitzer (u. a. Dr. Weidtmann) erklärten sich für Entziehung der ganzen Rente. Unser Ältester **Edhardt-Essen** (Verband) trat entschieden gegen die Verschärfung der Strafe auf und beantragte, die Sache nochmals dem Sitzungsausschuß zu überweisen, der eine mildere Form vorschlagen solle. Bei der Abstimmung stimmte **Gewerksvereinsältester Romberg mit den Werkbesitzern für Entziehung der ganzen Rente; dadurch gelangte dieser die Reichsrenten schwer treffende Beschluß zur Annahme!!** Sämtliche Verbandsältesten stimmten gegen diese neue Schädigung der Invaliden!! Der Oberhausener Geschäftsausschuß hat sich höchstens allzu konservativ an seine Instruktion gehalten. Die Verhängung der ganzen Rentenentziehung als Strafe für Invaliden, die sich der Nachuntersuchung nicht zu unterziehen, wie die Verwaltung vorschreibt, war aber durch keine bisherige Instruktion geboten. Der Gewerksvereinsälteste Romberg trägt die Schuld daran, daß der arbeiterfreundliche Antrag der Verbandsältesten abgelehnt wurde. Er hat geholfen, für die ohnehin schon mit allherd „Nachuntersuchungen“ gequälten Invaliden eine neue Rute zu binden.

**Wurmrevier.** Zu dem von uns schon kurz erwähnten Bericht des hiesigen Knappschäftsvorstandes wollen wir noch folgendes mitteilen. Der Mitgliederbestand Ende 1905 war:

Älteste (vollqualifizierte)	8944
Ganzinvaliden	940
Halbinvaliden	84
Beurlaubte, Militärdienstliche usw.	781
	10689

Medizinisch behandelt wurden **13880** Mitglieder! Die Zahl der Kranken ist also eine viel höhere als der Mitgliederbestand selbst, woraus sich ergibt, daß ein großer Teil der Arbeiter im Laufe des Jahres mehrmals erkrankte. Zu den 8944 vollqualifizierenden kommen noch 90 Mitglieder, die über einen Monat krank waren, für welche Zeit sie also keinen Beitrag zahlten. Von diesen 9024 Mitgliedern mußten nicht weniger wie **3930 wegen Krankheit** die Arbeit für längere oder längere Zeit einstellen. Bisher waren wir der Meinung, daß die Länge der hohen Krankenziffer der Wurmbergleute hauptsächlich in der Unterernährung derselben zu suchen sei. Durch den letztjährigen Knappschäftsbereich sind wir aber eines „Besseren“ belehrt worden. Der Bericht sagt: „Wesentlich erleichtert wird das Kranksein durch das hohe Krankengeld.“ Hier wird der Wurmbergmann zum Kaufmann und Simulanten gestempelt. Die Wurmbergleute seien also nicht krank, weil ihr Körper durch die viele und schwere Arbeit und durch schlechte Luft recht minderwertigen Nahrungsmitteln ruiniert wird, sondern das hohe Krankengeld des wegen? Der Fernstehende wird nun wohl annehmen, dies Krankengeld, nach welchem der Wurmbergmann sich laut Bericht des Knappschäftsvorstandes so hingezogen fühlt, würde etwa 3—4 Mark betragen, jedenfalls zum Leben auskömmlich sein; dem ist aber nicht so, das Krankengeld beträgt für den Wurmbergmann pro Tag sage und schreibe **eine Mark** und achtundsechzig Pfennige. Wenn der Vorstand aber dennoch so unerhörte Behauptungen in seinem Berichte aufstellt, braucht man sich nicht über das Vorgehen der Herren Knappschäftsarzte zu wundern, die schließlich jeden tranten Bergmann als Simulanten betrachten. Als vor kurzem ein Arbeiter wegen Halschmerzen den Arzt in Anspruch nahm, meinte dieser, er habe auch oftmals Halschmerzen und müsse dennoch dabei arbeiten. Der Arbeiter entgegnete, daß in dem Leben und Arbeiten eines Knappschäftsarztes und eines Bergmanns ein bedeutender Unterschied sei, worauf der Arzt drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Derartige Fälle könnten wir mehrere anführen, für heute wollen wir es bei dem einen bewenden lassen. Dieser eine Fall ist zwar keine Ausnahme, beweist aber, welche Auffassung die Herren am grünen Tisch von der schweren Grubenarbeit haben. Einmal möchten wir wünschen, nämlich daß die Herren Bergwerks-Ältesten, Betriebsführer, Inspektoren usw., wenn sie krank würden, ebenfalls mit 1,68 Mark sich begnügen und ihre Familien davon erhalten müßten. Ob sie diese Summe dann auch noch für ein „hohes“ Krankengeld halten würden? Diese Herren betrachten den Arbeiter wie es scheint wirklich nur als einen Menschen zweiter Klasse. Kameraden, wie lange noch laßt ihr euch diese Verspottung und Verhöhnung gefallen? Bei eurer harten Arbeit werdet ihr noch als Simulanten und Krankenzer verächtlich, und das von Leuten, die von dem Schweiß eurer Arbeit leben. Die Direktoren und Professoren fördern keinen

**Wagen Rohlen zu Tage.** Hinaus mit den Herren Beamten aus dem Knappschäftsvorstand, soweit diese dort als Vertreter der Arbeiter fungieren. In ihre Stelle müssen Arbeiter treten, die auch mit dem Kranken Kameraden fühlen und denken. In einer anderen Stelle des Berichtes werden die Werkbesitzer in den Himmel gehoben, weil diese den Beitrag von 75 auf 90 Prozent erhöht haben. Auch diese Verhöhnung wollen wir etwas tiefer hängen. Die Vergleiche Leben zum größten Teile für die Alters- und Invalidenversicherung in der III. Klasse, während ein großer Teil eine, wenn nicht zwei Klassen höher verschickert sein müßte. Dadurch, daß die Arbeiter in eine obere Klasse zwei Klassen niedriger verschickert sind, als sie eigentlich nach dem Gesetze verschickert sein müßten, verdienen die Werkbesitzer mindestens bis **15000** Mark jährlich. Ein Arbeiter, der nach 25jähriger Beitragszahlung Invalid wird und in der III. Lohnklasse also Waisen à 24 Pfg. gelebt hat, anstatt 30, erhält jährlich 72 Mark weniger Pension als ihm eigentlich zustand. Monatlich 6 Mark mehr oder weniger zu bekommen, ist für einen armen Invaliden schon viel. Nach dem Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes, die auch für die Knappschäftskassen Gültigkeit haben, müssen Unfallkranke vom ersten Tage der Krankheit an Krankengeld beziehen und von der 6. bis 13. Woche zwei Drittel ihres Arbeitsdienstes, erhalten die Unfallkranken zwei Drittel des Normal-Tagelohnes, wodurch diese Kranken täglich über eine Mark weniger Krankengeld erhalten als ihnen von Gesetzeswegen zusteht. Dieses erhöhte Krankengeld müssen die Werkbesitzer zahlen. Knappschäftsvorstand und Werkbesitzer sind im Wurmrevier ein und dasselbe. Arbeiter sind im Vorstand nicht vertreten. Stenlose Kinder sollen nach dem Statut eine monatliche Unterstützung von 8,00 Mk. erhalten, trotzdem zahlte man an Kinder, die einen Stiefvater hatten, nur 4,30 Mk. Bis der Vorstand auf eine Beschwerde durch unser Rechtsbureau gezwungen wurde, den vollen Betrag auszugeben. Ein Arbeiter hatte nach langer Krankheit während der vom Arzte ihm zuerkannten Schonzeit eine Wirtshaus besuch, dafür wurde ihm für einen Monat Krankengeld verweigert, was gesetzlich unzulässig ist. Das „Verbrechen“ konnte nur durch Strafe — im Kerker 20 Mk. — geahndet werden. Auch sind Fälle vorgekommen, wo der so sehr arbeiterfreundliche Knappschäftsvorstand trank Arbeiter 7 Monate auf sein Krankengeld war ein Lieh und es nur gezwungenermaßen auf unsere Beschwerde hin bei der Aufsichtsbehörde, auszahlte. Die Arbeiterfreundlichkeit der hiesigen Werkbesitzer beweist deren Vorgehen bei Inzidenten des Unfallversicherungsgesetzes. Damals schenkte die Werkbesitzer pro Mitglied 9 Mark Knappschäftsbeträge, was denselben jährlich 50000 Mk. kostete. Die im ersten Jahre 1887 von den Werkbesitzern aufgetragene Summe für die Unfallversicherung betrug 21 000 Mk. Also in einem Jahre einen reinen Ueberschuß von **25000** Mk. Dies war ein Geschäft, das noch etwas einbrachte! Jeder denkende Arbeiter weiß, wie hoch er die Arbeiterfreundlichkeit der hiesigen Werkbesitzer einschätzt. Wir verstehen es, wenn ein Beamter im hiesigen Revier sich vor kurzem äußerte: Seitdem die verdamnte „Bergarbeiter-Zeitung“ ins hiesige Revier kommt, sind die Arbeiter nicht mehr die feilen, diese wissen jetzt besser über die Grubenverhältnisse, Gehälter, Lantimen und Dividenden Bescheid, als wie wir Beamten selbst! Kameraden, sollen die noch in großem Maßstabe bestehenden Mißstände sowohl in der Knappschäftskasse als bei der Arbeit beseitigt werden, so bedarf es des Einseßens eines jeden Wurmbergmannes, dann muß zunächst unsere Organisation, der Verband deutscher Bergarbeiter gestärkt werden. Kein Kamerad darf dem Verbands mehr fernbleiben! Erst wenn wir groß und stark sind, werden wir den Werkbesitzern Repekt gegen den Bergmann abgwinnen. Nur was der Bergmann sich durch seine eigene Kraft erkämpft, erhält er, denn von einer anderen Seite hat er keine Hilfe zu erwarten.

**Der Wundenburg Knappschäftsvorstand** beschloß am Schluß des Jahres 1904 ein Vermögen von 220 230,90 Mark. Am Schluß des Jahres 1903 betrug dasselbe 270 727,82 Mark, es hat also eine Zunahme von 118 650,87 Mark stattgefunden. Vereinnahmt wurden in 1904 841 841,83 Mark, verausgabt wurden in 1904 852 004,06 Mark, so daß sich ein Ueberschuß von 128 877,17 Mark ergibt. In 24 Personen wurden Altersrenten gezahlt im Betrage von 4240,82 Mark, Invalidenrenten an 608 Personen mit 96 175,28 Mark und an 77 Personen Beiträge zurückerstattet mit 4877,— Mark.

**Der Thüringische Knappschäftsvorstand** hatte im Jahre 1904 eine Einnahme von 48 354,20 Mark, denen in Ausgabe 30 675 Mark gegenüberstehen. Das Vereinsvermögen von 224 088,20 Mk. setzt sich zusammen aus 6879,20 Mark Passenbestand, 25 350 Mark Hypotheken und 192 000 Mark gelbnete Papiere, und hat sich im Jahre 1904 um 6351,08 Mk. vermehrt. Es beträgt pro Kopf der Ständigen 560,10 Mk.

**Die Norddeutsche Knappschäftsvorstand** gibt für das erste Halbjahr 1905 folgenden Bericht heraus: In den ersten beiden Vierteljahre des Jahres 1905 gingen 269 + 342 = 611 Rentenansprüche und zwar 258 + 330 = 588 Invalidenrenten- und 11 + 12 = 23 Altersrentenanträge ein, zu denen noch 40 Invalidententen- und fünf Altersrentenanträge aus dem Jahre 1904 treten. Invalidententen wurden bewilligt 242 + 205 = 537 (darunter 87 Krankenrenten), abgelehnt 43 + 39 = 82. Altersrenten wurden bewilligt 14 + 10 = 24, abgelehnt + 1 = 1. Seit dem 1. Januar 1901 sind im ganzen 11 424 Invalidententen (darunter 421 Krankenrenten) und 1052 Altersrenten zur Feststellung gelangt, von denen am 30. Juni 1905 noch 6782 Invalidenten- und Krankenrenten und 417 Altersrenten zu zahlen waren. Der Jahresbetrag bewegte sich bei den Invalidententen zwischen 108 Mark und 225,60 Mk., Durchschnitt 168,02 Mk.; bei den Altersrenten zwischen 106,80 Mk. und 214,20 Mk., Durchschnitt 170,70 Mk.

**Mißstände auf den Gruben.**

**Ruhrevier.**

**Zeche Wanker Mulde.** Mit Speck fängt man Mäuse und mit Schnaps — Vergleute. Voriges Jahr mußten wir die unglückliche Dummheit einiger Kameraden der Zeche Rheinpreußen zum Gaudium aller Welt mitteilen, die sich vom Steiger für einen Eiter Schnaps bis zum Umfallen hatten auspressen lassen, um dann nachher mit einer gehörigen Wiedergutmachung bedacht zu werden. Jetzt erleben wir, daß auch auf obiger Zeche auf diese raffinierte Weise Gedingerebduzierungen vorgenommen werden. Kam da der Steiger zur Kameradschaft und bat diese, ihn doch nicht draufsetzen, da er sein „Soll“ nicht erreiche, wenn am betreffenden Tage nicht ganz besonders feste gemöhlt würde. Um seiner Bitte Nachdruck zu geben, versprach er etwas zu traktieren, wenn die Kameradschaft 25 Wagen fördere. Nun aber gingen die Vergleute ins Geschirr, als gelte es verunglückte Kameraden zu betören. Nichtig wurden auch 25 Wagen aufgeschoben und der schweißtriefenden Kumpelschaft vom Steiger 1 Mark für Schnaps traktiert. Der Regenjammer folgte aber recht bald auf das erhaltene Gläschen Schnaps, denn ein paar Tage darauf wurde den Vergleuten der ganze Wremse zeh Pfennig pro Wagen vom Geding abgezogen, weil — zu viel und zu leicht gefördert worden sei!!! Das war eine schlimme Enttäuschung für diejenigen, die dem Steiger einen Gefallen zu tun vermeinten. Das Vergehrlichte an der Geschichte ist aber der Umstand, daß ein gewähltes Kommissionsmitglied, das sogar noch Verbändler ist, das unerhörte Treiben mitmachte und mit Schuld ist, daß den Kameraden das Geding um 10 Pfg. gekürzt wurde, weil sie zuviel verdienen. Taurig, daß man den Bod zum Gärtner machte; eine Lehre ist es aber auch, den Herren Steigern zu Gefallen nichts mehr zu tun, sondern in ruhigem Tempo vorzüglich weiter zu arbeiten und in solch hinterlistigen Fällen nicht hineinzutappen.

**Zeche Freiberg.** Ohne Schneidigkeit würde unser Bergbaubetrieb nicht aufrecht zu erhalten sein, denkt jedenfalls unser Betriebsführer und bemüht sich deshalb, möglichst recht schneidig aufzutreten. Besonders kommt diese Schneidigkeit in Strajffitem zum Ausdruck. Am 17. Juli war das schwarze Brett mit Strafzetteln so besetzt, wie ein Kommissionsmitglied mit Nägeln, kein Flecken war frei. Das dadurch die Wegschäufel zur Arbeit und Achtung vor dem Betriebsführer bekame, dürfte der Herr selbst kaum glauben. Auch sonst läßt sein Auftreten sehr viel zu wünschen übrig. Kameraden, sollen andere Zustände geschaffen werden, so hinein in den Verband, denn ohne Organisation sind wir ohnmächtig.

**Zeche Ludwig.** Auf dieser Zeche verkennt der die Aufsicht bei der Seilfahrt ausübende Fahrhauer Unterbäuer vollständig seine Aufgabe. Er hat wohl für Ordnung zu sorgen, jedoch hat er nicht das Recht, einen Arbeiter unverhofft zu stoßen, dazu so kräftig, daß dieser beinahe zur Erde stürzte, zumal kein Grund vorlag. Das Vorgehen des

Arbeiterbestand darin, daß er, nachdem sämtliche Fahrmarken verlesen waren, sich hinter die verlesenen Kameraden aufstellte, wie dies von jeder üblich ist, wenn einer keine Fahrmarken hat. Als der Westhofe sich nach dem Käter umschau, rief er: „Ed soll die Hölle fubeln!“ Daraufhin entgegnete der Kamerad, daß ihm die Wächter des Fubelns seien, falls aber der Fahrhauer dies glaubte, ihm doch eher befehlen sollte, bei Seite zu treten und nicht direkt zu stoßen. Als Entschuldigung meinte der Fahrhauer: „Ordnung muß sein!“ Ob dies auch zur Ordnung geführt, wenn man sich vor einem Fahrhauer, wie vor einem ausfallenden Pferde blühen muß? Auf eine Beschwerde des gestohlenen Kameraden bei dem Betriebsführer, versprach dieser, den Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen; doch war bis zur Zeit, als dies geschrieben wurde, nichts davon zu hören. Hätte ein Arbeiter sich etwas ähnliches erlaubt, dann natürlich hätte man nicht so lange gezögert, um ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist nur ein Einzelfall und was will das besagen, wird von gewissen Seiten behauptet, denkt aber nicht daran, daß, wenn den gemeldeten Einzelfällen keine Beachtung geschenkt wird, so mancher Vorfall erst gar nicht gemeldet wird. Die beste Hilfe gegen solche Ausschreitungen ist die Organisation. Dies mögen die Kameraden beherzigen und alle dem Verbands beitreten.

**Müllerfächte.** Vor kurzer Zeit brachte das hiesige — leider von noch so vielen Arbeitern gelesene — „Waldbecker Zeitung“ einen Lobartikel auf die Müllerfächte, in dem sie auf die Überwachungslosigkeit der Bergbauverwaltung, die technischen Betriebsbedingungen sowie die materiellen Anlagen bis in alle Himmel hob. Zugleich knüpfte der Artikelsteller den Wunsch an seine Ausführung, daß es ihm vergönnt sein möge, auch die unterirdische Einrichtung mal in Augenschein zu nehmen. — Nun, wir sind und schon heute klar; daß den Verlesterfächter der „W. B.“ die dunklen, verschobenen und gefährlichen Gänge in der Tiefe der Müllerfächte in eben solch rosigem Lichte erscheinen werden, wie die Tagesanlagen. Sollte er aber dennoch nicht alles auf's Beste geordnet finden, so sind wir uns gewiß, daß er in der „W. B.“ einen Tadel nicht zum Ausdruck bringen darf. Dieses Wälzchen hat bis jetzt immer noch die Devise hochgehalten, „nach Oben liehäußeln, verkleinern nach Unten“. Hatte es doch bei Ausbruch des Streiks die freche Stirn, zu behaupten: Die Bergarbeiter streikten aus Ueberehm. Wir wissen, durch welche Inspiration es später zu einer anderen Auffassung kam und den Streik als gerechtfertigt anerkennt. Das Eintreten dieses Wälzchens für die herrschenden Klassen mühte doch endlich die Arbeiter zur Erkenntnis bringen, daß sie die Behandlungsmasse dieses Wälzchens nicht nach ihrem Welde bezahlen dürfen. Die Verhältnisse unterirdisch sind alles andere, nur keine rosig. Einige Beamte treten mit einer Schneidigkeit auf, die fast an Rücksichtslosigkeit grenzt und wer sich solche Behandlung nicht gefallen läßt, muß den Wübel schmecken. Besonders viel wird auch geklagt über den Steiger L., dem man nichts recht machen kann. Das Bedingte steht äußerst schlecht, und ist es einmal beim Abschluß gescheit, daß ein glücklicher Zustand kam, kommt der Betriebsführer her und läßt das Beste sein, daß kaum noch soviel verdient wird, daß es zum Memento würdig ist. Daß bei derartigen Umständen die Arbeiter der Müllerfächte, wenn es nur irgend geht, diesen den Rücken kehren, ist wohl leicht begreiflich. So sind diese Fächte trotz ihrer äußerlichen Prunkts und Luxus sprichwörtlich zum Laubenschlag geworden. Bei aller Wohlbedacht, die wir für solche Anlagen bei jedem und anderen Betrieben haben, so verlieren wir doch allen Bescheid daran, wenn der Arbeiter selbst eine menschenunwürdige Behandlung erfährt, oder einen nicht auskömmlichen Lohn verdienen kann. Wir werden nicht eher ruhen und in den Lobgesang der Waldbecker Zeitung einstimmen, bis die heutigen Verhältnisse gebessert haben.

**Sehe Reddinghausen I.** Die Wurmkrankheit ist bei den Ruhrbergleuten im Ungehörigen begriffen, behaupteten vor längerer Zeit gewisse Personen. Wenn dies im Allgemeinen zutreffend sein dürfte, so ist sicher nicht für obige Sehe, trotzdem sie doch auch im Ruhrberg liegt, oder nicht? Tatsächlich sind hier seit März dieses Jahres ca. 100 Kameraden als wurmkrank ausgehoben worden, somit kann doch von einer Abnahme der Krankheit nicht die Rede sein. Staunen muß man zwar, daß bei allen Vorschriften die Krankheit in so hohem Maße grassiert und kann sich der Gebanten nicht erwehren, entweder nutzen die Vorschriften resp. Desinfektionsmittel nichts oder deren Anwendung erfolgt nicht sachgemäß, wenn sie überhaupt zur Anwendung kommen. Da nun aber auf anderen Sehen, wo die Zahl der Wurmkranken früher eine höhere als auf Reddinghausen war, es möglich wurde die Krankheitsaffekt beträchtlich zu reduzieren, so müßte dies auch hier gehen. Die Beamten sind doch sonst energisch genug. Es liegt ja im Interesse der Sehe möglichst wenig Krankheitsfälle zu haben oder gebent sie nicht, den Arbeitern zu dem Krankengeld so viel zuzulegen, bis die Höhe des entgangenen Lohnes erreicht ist? Darum strebe man danach, den Seuchenherd auszuwachen, denn eine Ausbreitung der Wurmkranken seien auch früher schon befestigt gewesen, ist nicht zutreffend, befindet sich doch darunter eine Anzahl, die diesbezüglich zum erstenmal seien. Auch den Kameraden machen wir es zur Pflicht, den Vorschriften nachzukommen, handelt es sich doch um die Gesundheit der ganzen Arbeiterschaft. Werden in dieser Beziehung Vorschriften übertreten, ganz gleich von welcher Seite, so beschwere man sich an maßgebender Stelle, damit Remede geschaffen wird. Weicht dann der gewünschte Erfolg aus, nun dann müssen wir eben andere Wege einschlagen.

**Sehe Roland.** Wie des öfteren, war auch am 13. Juli wieder eine Kameradologie im Schacht. Die Förderung ruhte seit 7 1/2 Uhr, doch erst um 11 Uhr teilte man der Belegschaft mit, sie solle ausfahren. Ungeachtet dessen, daß man die Arbeiter so lange in der Grube ließ und ein großer Teil seiner Beschäftigung nachging, sollte nur eine halbe Schicht in Anrechnung kommen. Nun, der Belegschaft wird ja oft genug Gelegenheit geboten, Ueberlichkeiten zu verfahren, ist es hier doch Sille, sogar die Nacht vom Sonnabend auf Sonntag regelrecht Kohle zu fördern. Wesser wäre freilich die Zeit zur Ausbeziehung des Schachtes verwendet, vielleicht würden dann auch nicht so viel Kameradologien vorkommen. Auf eins müssen wir bei dieser Gelegenheit die Betriebsleitung aufmerksam machen und das ist der Fahrweg nach dem Luftschacht. Im erwähnten Tage rutschten nämlich im Hög Girondelle, dem Fahrweg, nach der zweiten Sohle, zirka fünf Mann samt Fächten wieder herunter und nur ihrer Geistesgegenwart haben sie es zu verdanken, wenn sie mit dem Schreden davonkamen. Dede man daher rechtzeitig den Brannen zu, bevor es zu spät ist.

**Sehe Werne.** Grubenmistände gibt es nicht! Bei Massenunfällen wird wohl in der Öffentlichkeit die Ursache derselben erörtert, allenfalls werden auch verschärfte Bergpolizei-Vorschriften erlassen, damit ist es aber abgetan. Wenig oder gar keine Beachtung schenkt man den Einzelfällen und doch werden durch diese bedeutend mehr Menschenleben vernichtet als durch Massenunfälle. Werne hat schon so manches Opfer gefordert, so verunglückte am 15. Juli der Kamerad St. Borchmal tödlich, indem er, im Begriff einen Kohlenwagen auf den Wremsbock zu schieben, in die Tiefe stürzte. Der Wremsler hatte den Kopf an dem Wremsbock hingegen. Wen trifft hier die Schuld, sind die Vorschriften, wie der St. B. W. II des Berggesetzes sie vorsieht, beachtet worden? Wir bezweifeln dies, denn sonst konnte unmöglich der Unglücksfall eintreten. Es ist zwar in St. W. III vorgesehen, daß unter bestimmten Bedingungen von dem Förderbeamten Ausnahmen zugelassen werden können. Ist dies hier der Fall? Auf ähnliche Weise kamen auch vor noch nicht langer Zeit die Kameraden W. Reomhart und A. Liffert in solchem Aufbruch zu Tode und wie wir hören, erlitt am 18. Juli der Wremsler Penkadi schwere Verletzungen. In allen diesen Vorfällen trifft die Arbeiter die Schuld, wie die Verwaltung zu sagen beliebt. Es waren daher wegen des Falles Liffert und Reomhart der Wremsler und Abnehmer der fahrlässige Körperverletzung angeklagt, doch erzielten sie Freisprechung. Charakteristisch ist, daß sogar der Richter die Frage aufwarf, warum diese verantwortlichen Personen mit solchen jungen Leuten befestigt wurden. Dies ist auch längst unsere Meinung, daß älteren erfahrenen Personen solche Posten anvertraut werden sollen. Möge daher die Bergbehörde ihr Augenmerk auch hierauf richten, gleichzeitig aber auch die anderweitigen Verhältnisse auf der Sehe Werne kontrollieren. Uns ist z. B. bekannt, daß bei der großen Höhe die dort vorherrschend ist, fast allgemein acht Stunden gearbeitet wird. Diese Höhe trägt mit zur Ermattung bei und zum Teil zu den Unglücksfällen. Die Arbeiter treiben auch das ihrige. Die Bedingte werden geküßt und wie verlautet, hat der Obersteiger D. noch kürzlich zu einem erfahrenen Gauer gesagt, daß die Bedingte viel zu hoch ständen, auch die Leistung sei zu gering. Wöhin wären die Arbeiter Faulenzen und wollen nichts verdienen, bitten lieber Not, als daß sie sich anstrengen. Not ist vorhanden, was bei einem Lohn von 3,80 bis 4,20 Mk. nicht ausbleiben kann. An besten sieht man die elende Lage in der Wohltätigkeitsanstalt, genannt Kolonie. Derselbe gibt es Leute, die nicht einmal ein Bett ihr eigen nennen, worin sie ihre mühen Ausschichten ausruhen können. Wahrlich herrlich ist das Bergmannsleben, ausreichend sein Lohn.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**  
**Redwigwunsgrube.** Wie es den Verletzten in der Grube ergeht, zeigt folgender Vorfall: Ein Arbeiter erlitt bei einem Zusammenstoß der vollen Wagen so schwere Körperverletzungen, daß er nicht fähig war, den Weg allein nach dem Schachte zurückzugehen. Er mußte daher auf die Oberhauer warten, die, obwohl telephonisch nach ihnen verlangt wurde, recht lange auf sich warten ließen. Wenn die Förderung langsam geht, dann sind sie bei der Hand, um zu fragen, warum diese so langsam geht, aber nicht bei einem Unglück. So lag denn der Verletzte von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr an der Arbeitsstelle. Ein Reparaturhauer, der zwar eher erschienen war, mußte erst Hilfe holen. Endlich konnte der Transport erfolgen; man hob den Verletzten in einen Förderwagen und es ging zum Schacht, wobei der Wagen in einer Stelle, wo die Schienen fehlten, über Bretter geleitet wurde. Daß hierbei der Verletzte in dem Wagen ordentlich zusammengedrückt wurde, ist unleugbar. Nachdem der Verletzte bereits fortgeschafft war, kam endlich der Oberhauer Plehka und sang — aber bewahre, nicht etwa darnach, wie sich das Unglück zugetragen habe, sondern warum nicht gefördert würde. Auf die Erklärung, daß man bei der Fortschaffung des Verletzten behilflich war, der jedenfalls unterwegs sterben würde, sagte der Oberhauer: „Na, mag er sterben!“ Was gibt auch so ein „Beamt“ für das Leben eines Menschen? Ist es nicht der, so ist es ein anderer, der die Arbeit verrichtet; bei ihm handelt es sich darum recht viel Kohle fördern, um als tüchtig angesehen zu werden. Wollen die Kameraden, daß sie mehr verdient werden, dann müssen sie dem Verbands beitreten, denn nur durch vereinte Macht können die Arbeiter sich Achtung und Rücksichtnahme erobern.

**† Borussia †**  
Bis zum 22. Juli waren von den Borussiaopfern erst 14 geborgen, von denen 8 unter riesiger Beteiligung am 12. Juli beerdigt worden sind. Entdeckt sollen alle Leichen sein bis auf 3, aber man konnte sie noch nicht zu Tage fördern, weil der Brand auch Füllteile ergriffen hat. 22 Leichen sollen, wie ein Richterprotokoll meldet, auf einem Haufen liegen. Die Armen sind jedenfalls von der Katastrophe so überrascht worden, daß einer über den andern fiel, betäubt, erlitt durch die Hufe. Übermal mußten die Vergungsarbeiten eingestellt werden wegen des Füllbrandes.  
Unter den Verunglückten sind bisher schon 21 **Verbandsmitglieder** ermittelt worden. Es sind dies die Kameraden Heinrich Unterfütter, Josef Raminski, Aug. Parzli, Anton Skula, alle Langendreer, Wilhelm Gruczewski, Konrad Herfell, Friedrich Haake, Heinrich Heuer, Friedrich Gatta (beerdigt), alle Despel I, Math. Jakner (beerdigt), Despel II, Heinrich Schulz, Peter Musiol, Stefan Adamczak, Johann Wexden, alle Marten, Fritz Becker, Karl Bedat und Wilhelm Wacker (beerdigt) Vögelndortmund, Friedrich Schachtel, Karl Ketz und Heinrich Dirkes Siedlinghofen und Hermann Salze Pombruch.

Die Reihe ist aber wohl noch nicht erschöpft. Der **Bergarbeiterverband** wird zwischen 1500—2000 **Mark Sterbegeld** auszahlen an die Hinterbliebenen. Auch diese furchtbare Katastrophe legt den Kameraden nahe, unerschütterlich treu dem Verbands zu bleiben, denn er hilft in der bittersten Not sofort und kämpft für einen besseren Bergarbeiterlohn. Es war den Hinterbliebenen unserer verunglückten Mitglieder auch ein Trost in schwerer Zeit, als ihnen die Sterbegelder vom Verbandskassierer ausgehändigt wurden. Die Wittwen und Mütter nahmen mit Tränen in den Augen je 80 Mark Sterbegeld in Empfang, kam doch dieses Geld allen gut zu statten, um die mancherlei Ausgaben decken zu können. In solchen Momenten empfinden die Hinterbliebenen, welch gute Einrichtungen doch der Bergarbeiter-Verband hat, und mancher, der früher glaubte, der Verband nütze nichts, ist zu einer anderen Ansicht bekehrt worden. Nach tritt der Tod den Bergmann an, jeden Augenblick können die Kameraden oder ihre Hinterbliebenen den Verband in Anspruch nehmen müssen. Deshalb übt Treue gegen Treue, werdet und bleibt zuverlässige Verbandsmitglieder, nur dann kann der Bergmannsstand wieder zu Ehren kommen.

Seid einig, bleibt treu, tut eure Pflicht als Kameraden! Laßt die Toten auf Borussia nicht unsonst mahnen!

Auf unsere Fragen nach den Zuständen auf Borussia und nach der wahren Unglücksursache haben wir **bisher keine Antwort** bekommen, weder vom Minister, noch vom Oberbergamt, noch von der Bergverwaltung. Wir lassen aber nicht nach, **wir verlangen Antwort!**

**Aus dem Kreise der Kameraden.**  
**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Bohum.** (Die Pensionierung Brust). Der neueste „Bergknappe“ gibt uns Veranlassung, einige Bemerkungen zu machen, soweit sie in unserem Leitartikel noch nicht erledigt sind. Unsere Bemerkungen richten sich nicht gegen den Redakteur Kamerad Kürup, weil wir bestimmt wissen, daß er die Angriffsartikel gegen den Verband nicht schreibt. Soweit wir Kürup persönlich kennen gelernt haben, ist er ein Charakter, der zwar seinen Standpunkt behauptet, aber ohne Gehässigkeit. Wenn wir ihn bitten, sich der außergerichtlichen Abmachungen in der Wohnung des Herrn Dr. Wallach-Offen zu erinnern, so zu dem Zwecke, den Mitarbeiter am „Bergknappen“ scharf auf die Finger zu setzen, sonst legen sie ihm ein Ruchdsei ins Nest, an dem er später wenig Freude erleben wird. Wir sind in der Lage, durch Vergleich der „Bergarbeiter-Zeitung“ mit dem „Bergknappen“ unabweislich nachzuweisen, daß wir uns durchaus in der Abwehrt befinden und getreu unserem Versprechen die etwaigen Meinungsverschiedenheiten sachlich erörtert haben. Von unserer Feststellung, daß wir auch literarische Zeitschriften unseren lernestrenigen Kameraden empfohlen, nimmt der „Bergknappe“ keine Notiz, wodurch er sehr ungeschicklich handelt. Daß er bürgerliche Zeitschriften empfohlen hat, werden wir in einem anderen Zusammenhang besprechen, wenn wir die parteipolitische Stellung des Bergvereins erörtern. Wir verstehen und würdigen natürlich sehr gut, daß die Bergvereinsleitung gegenüber den Warnungen und Mahnungen der „Christlich-nationalen“ Presse das Bedürfnis hat, mit größerem Nachdruck antisozialdemokratische Gesinnung zu bekunden. Das begreifen wir sehr gut. Aber man braucht deshalb doch nicht über die Stränge zu schlagen und Personalien heranzuziehen. Ganz so wie es früher Brust tat, zerrt Effert jetzt herbei die Mitteilung, daß Hue das große Verbrechen beging, **Schlösser** zu sein! Fürchterlich! Nun, Hue war doch wenigstens Arbeiter in der Bergwerks- und Hüttenindustrie (wie unser Statut verlangt), er soll, einigen Nachrichten zufolge, sogar etwas Verständnis besitzen für Bergbau, Bergarbeiterverhältnisse, Bergrecht usw. Es gibt sogar **Gewerksführer**, die Hue's Rat

in montanindustriellen Fragen in Anspruch genommen haben. Man sollte schon deshalb annehmen, unser lieber Kamerad Effert sei in diesem Punkte sachlicher gewesen, wenn ihm nicht sein Verstand gesagt hätte, Personalien nicht zu berühren, nun der Gewerksverein einen „Generalsekretär“ (so wird er wenigstens von der Zentrumspresse genannt) befristet, der **Gärtner** ist, also gar keine Kenntnis von der Montanindustrie haben kann. Herr Behrens ist Gärtner, trotzdem hat ihn Effert — wie er selbst sagt — zum Gewerksvereinsvorsitzenden vorgeschlagen wollen; die Bergleute sind aber dagegen gewesen. Wie Effert, her einen Gärtner zum Vorsitzenden eines Bergarbeiterverbandes machen wollte, dazu kommt, einem Schloffer der auf Bergwerks- und Hüttenanlagen gearbeitet hat, sein Metier anzuknüpfen, verstehe wer kann. Noch merkwürdiger ist, daß jetzt auf einmal der „Fall Hünninghaus“ angeschnitten wird, nachdem auch Gewerksvereinsstellen die Pensionierung Brust scharf kritisiert wird. Nach all dem Vorgefallenen kann man sehr leicht verstehen, weshalb gerade diese Pensionierung Fremden und böses Blut erregt. Aber wir müssen uns doch verbitten, daß man zur Deckung des pensionierten Brust den „Fall Hünninghaus“ heranzerrt und verstreut den Anschein zu erwecken versucht, als ob der Verband schofel an Hünninghaus handelte. Wir haben nie die persönliche Seite des Falles Hünninghaus gestreift, weil man Tote ruhen lassen soll. Um aber zu verhindern, daß der tote Hünninghaus weiter durch den „Bergknappen“ geschleppt wird, sei konstatiert: Was macht der Gewerksverein mit einem Mitglied, das in Streit gerät mit der Kameradschaft, sich nicht beruhigen läßt, sondern im Gegenteil heimlich den Gewerksverein heftig bekämpft? Der Gewerksverein schließt dies Mitglied einfach aus. (Siehe den Kampf mit der „Wochener Richtung“ 1897/98.) Hünninghaus ist bis 1897 im **Oberhausen** als Revier als Reichsschutzbeamter und Agitationsleiter für den Verband angestellt gewesen. Er geriet aber leider in heftige Streitigkeiten mit den dortigen Vertrauensleuten. Der Verbandsvorstand hat sich wiederholt um Stilleung des Friedens bemüht, aber leider muß gesagt werden, Hünninghaus konnte nicht einsehen, daß er durch sein Verhalten die Abneigung der Ortsverwaltungen immer größer machte. Schließlich beantragten gerade unsere tüchtigsten und am ruhigsten urteilenden Vertrauensleute im Oberhausener Revier die Absetzung Hünninghaus, weil er dem Verband mehr schade wie nütze. Würde H. nicht abgesetzt, so wollten die Ortsverwaltungen ihre Reiter niederlegen. Der **Verbandsvorstand** versuchte immer wieder den Zwist beizulegen, aber vergeblich; schließlich mußte er dem Antrag der Vertrauensleute nachgeben. Hünninghaus hatte aber so sehr die Gemüter gegen sich aufgebracht, daß, als der Verbandsvorstand ihm wegen seiner langjährigen Tätigkeit für die Organisation einen anderen Posten im Verband geben wollte, der **Bezirk Oberhausen** mit sehr kritischem Material dagegen protestierte! Gerade solche Kameraden, die für Hünninghaus alles übergibt, ihn hervorragend unterstützt hatten, erklärten, Hünninghaus könne nicht mehr Verbandsangestellter sein. Die Verbandsleitung, in der übrigens die ältesten Freunde Hünninghaus saßen, die ihn auch gern gehalten hätten, sah sich gezwungen, der Oberhausener Vertrauensmänner-Konferenz Recht zu geben. Leider muß es gesagt werden, Kamerad Hünninghaus hatte sich alle Sympathie in den Kameradenkreisen verschert, die mit ihm ständig zu tun hatten. Als die traurige Geschichte so weit geblieben, konnte der Verbandsvorstand nichts anderes tun, als Hünninghaus abzusetzen. Er ist dann von uns gegangen und wir haben jahrelang nicht eher von ihm wieder gehört als bis er gestorben war. Würde der Gewerksvereinsvorstand einen Beamten, der seinen ganzen Bezirk gegen sich aufbrachte und der Organisation nur schade, behalten haben? Das täte er sicher nicht, wie Beispiele zeigen. Wenn Hünninghaus später in Not geriet, so ist daran der Bergarbeiterverband sicher nicht schuld. Hünninghaus konnte die schönste Position haben, wenn er sich nicht zu Taten hinreißen ließ die sein Verbleiben in der Beamtenstellung unmöglich machten. Wollten wir alle Einzelheiten dieses Falles erzählen, alle Welt würde dann zugeben, daß der Verband Hünninghaus außerordentlich nachsichtig und entgegenkommend behandelt hat. Wer das Gegenteil sagt, den fordern wir auf, auch Beweise vorzulegen. Uns geht die Pensionierung Brust natürlich nichts an, nur sagen wir: In der **Verband** würde einem Manne, der so oft Ebsartig gegen die Bergarbeiterinteressen handelte, nicht noch obendrein eine Pension schenken. Wir möchten einmal sehen, was Brust losfeuern würde, wenn ein solcher Pensionsfall im Bergarbeiterverband passiert wäre. Wenn heute in der Tagespresse, gegen die Brust so oft seine bekannten Geschäfte aufgeführt, die Aufschauung vertreten wird, Brust habe „Schweigegel“ bekommen, so ist das nur zu begreiflich. Daß die jetzigen Leiter des Gewerksvereins Furcht hätten vor Enthüllungen Brust, kann nicht angenommen werden. Brust hätte sicherlich nicht so loyal an seinen Gegnern gehalten wie diese gegen ihn, wenn er die Macht besaß, sie abzujagen. Seine unerbittliche Nachsucht ist wohl bekannt; ging es nach ihm, dann wären **Wieder-Duisburg, Weidbach, Siegen u. a.** mittellos auf die Straße gesetzt worden. Dies wissen auch die Gewerksvereinsmitglieder, die nun heftige Opposition gegen die Pensionierung Brust mit jährlich 1500 Mk. machen. In **Grumme** wurde erklärt, Brust sei gesund und kräftig, er könne noch ganz gut sein Brot sonst verdienen, er habe die Pension nicht verdient. Wir wissen, wenn z. B. ein anderer bekannter Gewerksvereinsbeamter mit dem Gelde pensioniert worden wäre, kein Mensch hätte dagegen etwas eingewendet. Aber daß gerade Brust, der, wenn es sich um Erhöhung der Knappschaffspension für die Invaliden handelte, schnell dagegen protestierte weil es „zu weit“ ginge, daß gerade dieser Mann 1500 Mark Pension aus Gewerksvereinsmitteln bezieht, macht begreiflich, wenn von „Schweigegeldern“ geredet wird. Wir ersuchen aber den „Bergknappen“, nicht Unterstellungen zu machen als ob von uns die Affäre Brust aufgedeckt würde! Das tut Brust selbst durch seine Artikel in der Zentrums-Zeitung. Es ist doch auch bekannt, daß **Brust wiederholt mit „Enthüllungen“ gedroht hat!** Er hat von „Gegenmienen“ gesprochen, die er „auch gelegt“ habe. Man weiß doch auch am „Bergknappen“, daß Brust die **Abfassung einer Broschüre** beabsichtigte. **Brust hat sich auch schon so weit herausgewagt, daß er zu einem Herrn, der auch Verkehr mit Sozialdemokraten hat, ausdrücklich erklärte: Lassen sie mich nur kommen, ich werde dann schon alles aufdecken!** Also so habenreim wie die Zentrums-Zeitung die Sache hinstellt, ist sie noch lange nicht. Vor Monaten haben wir schon angedeutet, was Brust für „Mienen“ lege, damals ist uns nichts entgegnet worden. Im Interesse der Arbeitereinheit haben wir geschwiegen. Wir erwarten deshalb auch vom „Bergknappen“ daß er uns wenigstens aus der Erörterung über die Pension Brust herausläßt. Seien wir froh, daß der Mann kaltgestellt ist, er ist wirklich nicht wert, daß man wegen ihm eine Debatte beginnt. Wir brauchen ja nur den „Bergknappen“ über die „Verdienste“ Brust zu zitiieren um zu zeigen, wie seine nächsten Mitarbeiter unter ihm zu leiden hatten. Agitieren wir für die **Organisation**, damit leisten wir der Bergarbeiterschaft einen besseren Dienst, als wenn durch verdeckte Anspielungen der böse Geist Brust gerufen wird.

**Bohum III.** Nach persönlicher Rücksprache mit einigen Kameraden ist beschlossen worden, dem **Zahlstellenfeste** in Grumme am 30. Juli beizumohnen. Alles Nähere teilen die Boten mit.

**Samme.** Um eine verlorene Position zu retten, hatte der „Christliche“ Gewerksverein auf Freitag den 21. Juli noch eine „öffentliche“ Bergarbeiterversammlung einberufen und den Generalsekretär Schreier als Redner kommen lassen. Es hatten sich denn auch ca. 100 Arbeiter, davon die große Mehrzahl von Verbänden eingeladen, um anzuhören, was der aus der Hagenheide nach dem Ruhrrevier verplante Wirtner über das Knappschichtwesen vortragen würde. Gleich nach Eröffnung der Versammlung erklärte der Leiter derselben, daß nur Mitglieder des Gewerksvereins das Wort erhalten, worauf unsere Kameraden das Lokal verlassen, das dann auch ziemlich leer wurde. Raum 20 Mann, darunter noch einige von uns, blieben zurück und der Generalsekretär machte ein sehr verdüßtes Gesicht. Er hielt es denn auch nicht für erforderlich, vor den wenigen „aufgeklärten“ Kameraden noch erst das Reformprogramm der Organisation zu besprechen, sondern wolle sich auf die Widerlegung einiger „unförmlicher Verbältnisse“ der Gegner beschränken. Sein Ideal sei, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung anzustreben, um geschlossenen Kampf mit den Unternehmern führen zu können. Dieser Idealzustand läge aber noch in weiter Ferne und ließe sich nicht von heute auf morgen verwirklichen. Die Leitung des Gewerksvereins habe durch und die Absicht, die Einzelheit zu erhalten. (Wir mußten bisher stets das Gegenteil wahrnehmen, D. M. B.) Wir suchen unsere Mitglieder aufzuklären über die prinzipiellen Grundzüge, die uns trennen, aber unsere Gegner kämpfen mit kleinlichen Mitteln, mit Verbältnissen und Verleumdungen (M.-Glückbach und geschäftsmäßiger Verleumder Wurst, D. W.). Getrennt brauchen wir beim Knappschichtwesen nicht zu sein, getrennt brauchen wir selbst bei den gewerkschaftlichen Unterstützungsvereinigungen nicht einmal zu sein, sondern können zusammengehen, zum wenigsten und ergehen. Was uns trennt, sind zwei Weltanschauungen. (Bei dem Grubenmitglied auf Vorrußla hat man von diesen trennenden Weltanschauungen nichts gesehen, D. W.) Wenn man alles zurechtzimmern will, was uns heilig ist, so kann man unmöglich von uns verlangen, daß wir uns solchen Organisationen anschließen, auch dann nicht, wenn unsere Gegner das nicht offen aussprechen. Wenn unsere Gegner ehrlich wären, müßten sie das auch eingestehen. (Der Herr Generalsekretär hat in seinen Ausführungen fortgesetzt verschwiegen, von er als seine Gegner betrachtet, ob er den Bergarbeiterverband oder die Grubenbesitzer als seine Gegner ansieht, D. W.) Wenn heute in Frieden, unter gegenseitiger Achtung und Unterstützung jede Organisation Anhänger für sich gewinnen würde, um im Augenblick der Gefahr gemeinschaftlich zu schlagen, wie das beim Streik geschehen ist, könnte jede Organisation eine große Macht entfalten. Das geschieht aber nicht, sondern man bekämpft sich fortgesetzt in der schroffsten Weise. So fand gestern in Alteneisen eine Versammlung statt, in welcher himmelschreiendes gegen den Gewerksverein gesagt wurde. Man versucht es, durch Aufstachelung der konfessionellen Gegensätze einen Keil in unsere Reihen zu treiben (ohne dem beständen die christlichen Gewerkschaften überhaupt nicht, D. W.) und die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat in ihren letzten Nummern dieses sogar mit Gleichgültigkeit versucht, aber glücken wird es ihr nicht, denn diese Zeit ist vorüber. Der Kampf ist nun einmal entbrannt, muß auch ausgefochten werden. Hoffen wir aber, daß die Zeit recht bald kommen wird, wo die beiden großen Organisationen bei solchen Kämpfen zusammen gehen. (Nachdem man unsere Leute überall an die Wand gedrückt hat, sollen wir bei der nächsten Generalversammlung schließlich Gewerksvereiner wählen. Dann müßten wir schließlich doch dummer sein, wie nach Wurst die „Christlichen“ sind, D. W.) Ich me müßte sich gegen ein Flugblatt, das unsere Hammer Kameraden herausgegeben haben, gibt aber sämtliche Angaben, die in demselben enthalten sind, als der Wahrheit entschieden zu. Er gibt zu, einen Invaliden beim Betriebsführer der Zeche Präsident angezwungen zu haben, der seine Brandloben von Karolinenberg bezog; er gibt zu, einem Unfallinsaliden ein schlechtes Zeugnis ausgestellt zu haben, auf Grund dessen derselbe nach Bonn zur Beobachtung mußte; er gibt zu, den Rathholf Hothach einen „Streichenprester“ genannt zu haben und schließlich gibt er zu, für Dr. Weidtmann als zweiter Vorsitzender im Knappschichtvorstand gestimmt zu haben. Wir im Gewerksverein wurden uns dahin einig, daß es uns vollständig schnuppe sein würde, ob ein Werksvertreter oder ein Arbeitervertreter den Vorsitz führt und deshalb haben wir Dr. Weidtmann gewählt. Bei dieser Gelegenheit rempelte er das Mitglied Hothach an, das dann das Wort verlangte, aber nicht erhält. Schließlich wird Hothach, der noch vorige Woche seine Beiträge bezahlt hat, des Lokales verwiesen. Auch Kamerad Veimpeker erhielt die freundliche Aufforderung, das Lokal zu verlassen, wohl aus dem Grunde, die übrigen Verbändskameraden, die sich wieder eingefunden hatten, somit hinaus zu bekommen. So verlief die Versammlung als ein böses Vorzeichen für Ruhe und die Wahl hat's bestätigt.

**Grumme.** Unter am Sonntag stattfindendes Fest kann nur als ein geschlossenes gefeiert werden und müssen die Mitglieder ihre Mitgliedsbuch als Legitimation mitbringen. Außerdem findet in den nächsten Tagen eine Revision der Wähler statt; hätte jeder sein Buch in Bereitschaft, damit die Revision schnell von statten geht.

**Niederprohndel.** In der letzten Zahlstellenversammlung wurde beschlossen, am 8. September im Hofmannsaal unter Mitwirkung des Arbeiter-Belagereins „Niederprohndel“ unter diesjähriges Zahlstellenfest zu feiern. Dann wurde beschlossen, 10 Pfg. von den Woten einzulassen und soll von diesem Betrage für ein verstorbenes Mitglied ein Kranz angeschafft werden, die etwa überschüssende Summe aber den Hinterbliebenen zufleßen. Ferner werden die Mitglieder ersucht, in der nächsten Zahlstellenversammlung am 18. August, nachmittags von 5-7 Uhr wegen wichtiger Angelegenheiten zahlreich zu erscheinen. Die Zahlstellenversammlungen könnten überhaupt besser besucht werden und das Restantunwesen muß auch verschwinden. Wer länger als zwei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, wird gefristet.

**Werden.** Der katholische Knappeneverein liegt in Sterbesnöten. Die alte Knappenehrlichkeit ist vorüber und ebenso die Zeit der Knappenevereine und besonders in derjenigen Richtung, wo sie noch konfessionell zerplittert sind wie hier. Der hiesige katholische Knappeneverein liegt wie ein Fisch auf trockener Wiese und laßt nach einem frischen Trunk, ganz gleich, von wem ihm dieser zugeführt wird. Vielleicht wird sich die Berliner Richtung erbarmen und ihn aus seinen Todeskämpfen befreien. Jetzt stehen sie in der schmerzvollsten Weise die Hechenverwaltung an, und in einer Zeit, wo das Bergregiment hier so recht den „Sieger“ herzustellen und die besten Kameraden unterschiedslos auf Straßenpflaster wirft, ohne dabei die Gründe anzugeben. Die Erzeugung unter den Knappen ist darum umso begreiflicher, weil System in der Sache liegt und dem einen Opfer ein anderes folgte. Das letzte Opfer ist ein Ausschußmitglied des Gewerksvereins und ein Jubiläumsmittglied des katholischen Knappenevereins. Der katholische Knappeneverein feierte am Sonntag unter großem Pomp sein 25jähriges Jubeljahr. Zu diesem Feste wurden sämtliche Beamten der umliegenden Zechen schriftlich eingeladen. Dieses erregte selbstverständlich böses Blut unter den Bergleuten, manches derbe Wort fiel. Mit berechtigtem Hoßn wiesen die Leute auf den Strafzettel der Zeche von Böttingstropfen hin, welche allein in der vergangenen Woche 102 Wagen genullt hatte, was einen Lohnausfall von 64 Mark darstellt. Ein anderer Umstand, welcher wohl einzig dasteht, muß erwähnt werden: Wegen Mangels an Kleingeld wurden seitens des genannten Vereins Unterstützungsanträge an Zechen-direktoren und Gewerksvereine gerichtet. Diesem Knappeneverein gehören sehr viele Mitglieder des „Christlichen“ Gewerksvereins an, die ihn haben gelassen helfen. Was werden sie zu solchem Humbug sagen? Werden sie als Gewerksvereinsmitglieder es fertig bringen, das Grubenprozentum zu bekämpfen und als Knappenevereinsmitglieder dieselben Grubenprozentum annehmen? Das wäre allerdings sehr „mannhaft“ gehandelt, wie es ja nicht minder mannhaft ist, daß man Zechenfreunde und Streikbrecher einige Monate nach dem Streik zu Knappschichtältesten wählt, wie das in Böttingstropfen geschah und jetzt wieder in Warne geschehen sollte. Der Streik und auch die radikale Wirtner-nacherei einiger Gewerksvereins-leiter hat an dem allgemeinen Chorakter durchwegs nichts geändert.

**Wottrop.** Herr Wirtner hat ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und das Gute schafft, können wir getrost sagen, denn sein Vorgehen bei der Verdrängung des Kameraden Wadmel hat dem Verbanne keinen Nutzen getan, sondern Vorteile gebracht. Schon bei der Anmeldung der Werbung erkundigte er sich bei der Witwe eingehend danach, ob der Verbanne dem Verbanne angehört, erklärte sie weiter, er wolle ihr (der Witwe) zehn Mark monatlich zumommen lassen (aus welcher Kasse, D. M. B.), wenn sie den Kranz von der Zahlstelle derweiliger; täte sie letzteres nicht, begleite er nicht die Leiche. Am Werbungsstage gelangte der Wirtner bis zur Kirche ungehindert, doch hier kam der hinzukommende Wirtner W. auf den Kranzträger zu und forderte die Entfernung des Kranzes. Der Protest des Kameraden Z. blieb unberücksichtigt, er war vielmehr durch das Vorgehen einer Frau gezwungen, den Kranz an sich zu nehmen und nach dem Bestimmungsorte zu tragen, wo er ihn am Grabe niederlegte. Nichts Gutes ahnend letzte Z. nach zwei Stunden zurück nach dem Friedhof und da der Kranz fehlte, erkundigte er sich bei dem Totengräber nach dem Verbleib desselben. Dieser erklärte, Direktive erhalten zu haben, den Kranz in das

Grab zu werfen. Von wem, meierte er sich zu sagen. Es scheint, als beständete der Auftraggeber, daß, solange der Kranz sichtbar sei, dieser Unheil anstiften könne. Ueber obiges Vorgehen waren sogar Leute, die uns stets fernstanden, empört; ja drei Gewerksvereinsmitglieder traten sofort zum Verbanne über. Herr Wirtner hat mit ihm unfeindlich für den Verbanne agitiert; möge er nur so fortfahren! Die Mitglieder dürfen sich jedoch nicht allein auf den Herrn Wirtner verlassen, sondern müssen selbst zutreten, um so schneller kommen wir zum Ziel, nämlich die Verdrängung aller im Bergarbeiterverbände. Dem Gegner zum Trotz, den Arbeitern zum Nutz.

**Bradel.** Kameraden, der Gastwirt Klüsch hat den sozialdemokratischen Verein aus seinem Lokal hinausgeworfen und insolge dessen haben sich sämtliche übrigen Organisationen mit dem hinausgeworfenen Verein solidarisch erklärt und den Boykott über die Lokalitäten Klüsch verhängt. Wir ersuchen die Kameraden von hier und Umgebend, diesen Boykott streng zu beachten und dazu beizutragen, Herrn Klüsch binnen kurzer Zeit sein Vorgehen bereuen zu lassen. Wenn wir uns einig sind, werden wir in nicht allzu langer Zeit wieder im Besitz eines Lokals sein. Ferner ersuchen wir die Kameraden, in der letzten Woche dieses Monats ihre Mitgliedsbücher zwecks Revision zurecht zu legen und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Beiträge bis dahin in Ordnung gebracht werden. Wer länger als zwei Monate im Rückstande ist, muß laut Statut gestrichen werden. Wer diese 20 Pfg. wöchentlich für die Organisation nicht liefert, ist nichtlich zu bequamen, besonders wenn wir erst zu einem höheren Wochenbeitrag kommen. Den Kameraden noch zur Kenntnis, daß der Wirtner Kampeier aus dem Verband ausgetreten ist.

**Wirtnerich.** Aus Wirtner, die den Kameraden bekannt sind, beschloß unsere letzte Mitgliederversammlung, in Zukunft die Zahlstellenversammlungen nicht mehr beim Wirt Wirt Wirt, sondern beim Wirt Wirt abzuhalten. Dann ist es aber auch unbedingt notwendig, daß die Versammlungen besser besucht werden, als dies in letzter Zeit geschehen ist und man nicht Mitglieder in anderen Dörfern antrifft, während unsere Versammlungen tagen. So viel Solidaritätsgefühl müßte doch jeder besitzen, die paar Pfennige, die er noch übrig hat, in unserem Vereinslokal zu verzehren. Wir haben uns voriges Jahr dem Gewerkschaftsstatut angeschlossen und zwei Delegierte gewählt, die in jeder Versammlung Bericht erstatten sollen, aber wenn nur fünf bis sechs Mitglieder da sind, hat es ja gar keinen Zweck. Ebenso könnte Bericht von der Generalversammlung erstattet werden und über vieles andere. Viele Kameraden sagen: „Wacht's nur, wir sind mit allem einverstanden.“ Aber wir wollten mal sehen, wenn die Ortsverwaltung einen großen Fehler machte, was wir nicht hoffen wollen, ob die betreffenden Mitglieder ihn ruhig auf sich nehmen würden, wir glauben es nicht, trotzdem sie in diesem Fall schuldiger wären als die Ortsverwaltung. Was wäre nun die Folge, wenn die Verbandsleitung in allen Zahlstellen alles gehen ließe, wie es ging? Kameraden, wir würden noch schlimmer behandelt wie die Zuchthäuser, ja wir glauben, die hätten es noch gut gegen uns. Darum, Kameraden, auf den Posten, damit wir uns bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erringen.

**Syng.** Eine grenzenlose Gleichgültigkeit ist in unserer Zahlstelle eingerissen, so daß man annehmen sollte, die Lage der Bergleute sei eine so tolle, daß gar nichts mehr zu wünschen übrig bleibe. Dabei hört man nur Klagen über Klagen, Lohnreduzierung, Nichtbezahlung der Nebenarbeiten, Ueberschuldungen, saugrohe Behandlung usw. Aber halten wir mal Besprechung oder Versammlung ab, um zu solcher Frage Stellung zu nehmen, glänzen gerade unsere größten Opponenten mit Abwesenheit. Findet aber ein Kleinbüßel statt, kann man diese „Krammen“ Gewerkschaftler an der Spitze sehen, da fehlt keiner, das hält man anscheinend für viel wichtiger. Wir erwarten, daß das sich in Zukunft bessert und unsere Kameraden pflichtgemäß erscheinen, wenn Versammlungen oder Besprechungen stattfinden. Auch die Beiträge müssen pünktig gezahlt werden, damit wir korrekte Abrechnung liefern können.

**Goßheide-Pomberg.** Kameraden, besucht die Volksversammlung am 30. Juli im Pomberger Hof zu Pomberg. (Siehe Anzeige).

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

**Schweller.** Seit längerer Zeit bestehen ernste Differenzen zwischen der Direktion der Schweller Steinloshewerke und der Belegschaft der Grube Reserve, die einen Zustand beschließen lassen. Am 28. Juli fand nun zu Bergzath eine Belegschaftsversammlung der Grube Reserve statt, die sich mit der ablehnenden Haltung der Direktion bezüglich der Anrufung des Berggewerbegerichts durch die Arbeiter als Einigungsamt in den Lohnstreitigkeiten und der Wahrung von drei Mitgliedern des Gewerksvereins beschäftigte, die wegen angeblicher Verletzung von Arbeitsverträgen erwischt war. In dieser Versammlung nahm als Vertreter unseres Verbandes der Kamerad Pansman und als Vertreter des Gewerksvereins Kamerad Effert teil. Die Versammlung, die mit einem begeisterten Hoch auf die Einigkeit der Bergleute auseinander ging, nahm erst folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Belegschaftsversammlung der Grube Schweller Reserve beschließt, die gestellten Forderungen aufrecht zu erhalten, sowie an die Verwaltung eine Eingabe zu richten: Die Kündigung, der drei Kameraden zurückzunehmen, ebenso auch dem Herrn Bergzath hierüber diese Eingabe mitzuteilen und ihn um seine Vermittlung zu ersuchen. Sollen weitere Kündigungen stattfinden, so haben die Zentralvorstände der beiden Verbände sofortige ihnen geeignet erscheinende Maßregeln zu ergreifen. Die Belegschaftsmitglieder haben sich so schnell wie möglich einer der beiden Organisationen anzuschließen und soll die bestehende Kommission zu einer von den Zentralvorständen noch zu bestimmenden Zeit die Forderungen von neuem vorlegen. Nach Annahme oder Ablehnung derselben werden dann die weiteren Schritte beschlossen.“

**Saarabien.** Aus dem Lande der — Rechtsgarantien. Das saarabische System ist gebrochen, verurteilten freudestrahlend die hiesigen und auswärtigen ultramontanen Blätter, als vor einigen Wochen das Verbot der Dabachblätter in den Schlaßhäusern seitens der päpstlichen Grubenverwaltung aufgehoben wurde. Auch der Genomnier-apostel Wuchheit hat auf der Generalversammlung des Gewerksvereins von einem Bruch des saarabischen Systems gesprochen. Wie weit man noch hier von einem solchen Zustand entfernt ist, hat die vom Bergarbeiterverband für Sonntag den 16. Juli nach Dubeiler einberufene Versammlung gelehrt. Man wollte von Seiten des Verbandes die Probe auf das Exempel machen, ob nach Trier ein freierer Zug eingetretet sei. Dem ist jedoch nicht so. Auch ohne Pilger blüht das System ruhig weiter. Auf der Dubeiler Grube prangte am Tage vor der Versammlung folgender Ulaa:

„Wir haben in Erfahrung gebracht, daß morgen den 16. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Wirt Jung in Dubeiler eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung stattfindet, in welcher ein Sozialdemokrat als Redner auftritt. Die Belegschaft wird vor dem Besuche der Versammlung eindringlich gewarnt. Diejenigen Bergleute, welche trotzdem die Versammlung besuchen, haben die Folgen ihres Handelns auf sich zu nehmen.“

Grube Dubeiler, den 15. Juli 1905.

**Rgl. Verdingelktion IV.**

An allen Ecken und Enden bis zum Versammlungslokal waren Aufpaster postiert. Daß unter diesen Umständen von der Abhaltung der Versammlung keine Rede sein konnte, liegt klar auf der Hand. Dies ist doch der sicherste Beweis, daß von einem Bruch des saarabischen Systems noch lange nicht gesprochen werden kann, und wer davon spricht, hat dasselbe in seiner ganzen Tiefe und Grundsätzlichkeit nicht erfaßt. Von Neuem ist der Welt das erbärmliche Schauspiel vorgeführt worden, daß alle gesetzlich „garantierten“ Rechte der Arbeiter hohle Versprechen sind, die auf dem Papier stehen, aber wehe dem, der davon Gebrauch macht; unbarmherzig fliegt er auf's Pflaster und nach bekannter Methode wird er ausgehängt. Als in dem Saarbrücker Prozeß die Ungehörlichkeiten der Welt offenbar wurden, da schrieb eine Zeitung: „Wenn der Staat nicht im Stande ist, diesen dummen Wirtel, in die der Prozeß hineingelegt hat, mit eisernem Wesen auszufüllen, dann steht es schlimm um ihn.“ Wie figura zeigt, will er die Macht, die ihm wohl durch das Strafgesetzbuch gegeben ist, nicht anwenden. Auch fernerhin soll der unwürdige Zustand der Menschenentwertung und -Knechtung weiter bestehen, auch fernerhin dürfen die Arbeiter, wogegenrecht die staatlichen Arbeiter, von Rechten, die durch die Verfassung garantiert sind, keinen Gebrauch machen, Arbeiter desselben Staates, der dazu berufen sein soll, die Gesetze zu achten und Ungehörlichkeiten zu bestrafen. Beamte desselben Staates können strafflos Ungehörlichkeiten begehen, können strafflos ihre Amtsgewalt mißbrauchen zum Nachteil der Arbeiter. Jede Vorfahrung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung, wenn sie ein Beamter durch mißbräuchliche Anwendung seiner Amtsge-

walt, oder durch Drohung eines Mißbrauchs verübt, ist ein Amtsvergehen und ist nach dem Strafgesetzbuch zu bestrafen. Wo ist der Staatsanwalt, der hier einschreitet? Er ist nicht zu finden. Ruhig können hier Gesetzesverletzungen begangen werden, strafflos können sich Beamte, sofern es sich gegen Arbeiter handelt, Amtsvergehen schuldig machen. Wir müssen fragen: Ist bei uns die Slawerei abgeheftet? Nein und abermals nein! In moderner Form, aber mit gleicher Wirkung feden wir noch mitten drin. Der Saarbergmann wird durch staatliche Beamten seiner persönlichen Freiheit, seiner freien Entschließung beraubt, er wird als Sache behandelt, die nach den Intentionen zu handeln hat, welche ihr von oben gegeben werden. Ein Slave des preussischen Klassenstaates und der Klassenjustiz. Eins ist uns klar geworden, das ist die Angst vor dem Aufwachen der Arbeiter; man will sie weiter in dem Schlummer der patriarchalischen Verhältnisse erhalten. Doch werden wir wie bisher, so auch fernerhin unser Werk, Aufklärung und Wissen zu verbreiten, fortsetzen. Sind auch die Umstände schwieriger, so werden wir doch keine Arbeit scheuen, um das saarabische System seinen Erzeugern zerbrochen vor die Füße zu werfen. Wir müssen, Laufende von Arbeitern sind unzufrieden mit dem herrschenden System, sie sind jedoch durch die herrschende Rechtslosigkeit gezwungen, die Hände in der Tasche zu ballen; sie werden es brechen, sobald sie mannhaft den Hebel ansetzen. Dabei werden sie bei uns kräftige Stütze finden.

**Wirtnerich.** Als 1899 von Weisthern des Berggewerbegerichts einige Kameraden aus unserem Verbanne gewählt wurden, machte die Wirtnerich-Zentrumspresse die hiesigen Werksbesitzer gegen die Organisation scharf. Vor allen war es der „Wirtnerich-Volk's-Freund“, der die Grubenbeamteten aufforderte, den „Jüdisch“ (womit die organisierten Arbeiter gemeint waren) von den Gruben zu befestigen. Diese Hege hatte Erfolg. Die gewählten Berggewerbegerichtsbesitzer sowie auch die bekannten tätigen Verbandsmitglieder wurden hinfällig gemacht. Durch die Maßregelungen entstand dann der Streik und der Verband wurde durch die Zentrumshege bis auf wenige Mitglieder verdrängt. Aber nicht bloß, daß der Wirtnerich-Volk's-Freund unseren Verband zu verdrängen suchte, sondern dies Zentrumblatt kämpfte mit eben solchen Geschäftigkeiten gegen den „Christlichen“ Gewerksverein. Nach langen und sehr heftigen Kämpfen liegte der Gewerksverein gegen die Praktiken des Wirtnerich-Volk's-Freund. Die Herzen vom Volk's-Freund wollten keine fremden Wötter neben sich haben. Nachdem der Gewerksverein Fuß gefaßt hatte und der Wirtnerich-Volk's-Freund den Kampf gegen denselben aufgeben mußte, änderte dies Zentrumblatt seine Taktik und nimmt heute zum Gewerksverein vertrat. Gerade wie vor etwa fünf Jahren so sucht auch jetzt der Wirtnerich-Volk's-Freund die Werksbesitzer gegen die Verbandsmitglieder wieder scharf zu machen. Das Blatt schreibt in seiner Nummer vom 18. Juli: In einem dieser Tage auf den hiesigen Gruben vertriebenen Flugblatt, welches vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband herausgegeben usw. Trodem auf den Gruben kein einziges Flugblatt von unsern Mitgliedern verteilt, sondern außerhalb der Gruben an die Arbeiter verteilt wurden, so versucht das Blatt, welches als seine Devise schreibt, die Wahrheit wird euch frei machen — die Sache so hinaustellen, als wenn unser Flugblatt auf den Gruben verbreitet worden sei. Da ein Fremder dies nicht machen konnte, so haben selbstverständlich die Verbandsmitglieder dies gemacht. Die Wirtnerich-Volk's-Freund wissen, daß dies den Arbeitern nicht gefaßt ist und so kann nur die Wirtnerich vorhanden sein, die Grubenbesitzer zu einer Hege auf unsern Verbandsmitglieder aufzustacheln. Auch will dies Zentrumblatt den Werksbesitzern beweisen, daß, wenn es auch ab und zu mal den Arbeiterfreund spielt, es doch die Interessen der Werksbesitzer zu vertreten weiß, indem es die Einigkeit der Bergarbeiterchaft zu hintertreiben sucht. Und ein solches Blatt wird noch von Arbeitern gelesen!

**Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.**

**Ulfeld.** Die Zustände auf Schacht Robert (Gewerkschaft Desdemona) sind uns auch einmal zur Flucht in die Öffentlichkeit. So ist die Gangvorrichtung am Förderkorb schon seit geraumer Zeit so verfault (verschmiert), daß sie gar nicht mehr funktioniert, da brauchen wir nicht besonders auszumalen, welche entsetzliche Katastrophe durch ein etwaiges Herren des Förderseils entstehen würde. Wir nehmen aber an, daß die verantwortliche Betriebsleitung sich durch diese Zeilen belächeln läßt, nicht erst den Brunnen zuzudecken, wenn das Rind bereits hineingefallen ist. Auch in Bezug auf das Kristroasser herrscht insofern ein empfindlicher Mißstand, als dasselbe in offenen Gefäßen in die Grube befördert wird und insolge dessen häufig beschmutzt und zuweilen auch lauwarm ist. Wenn wir auch arbeiten müssen wie Pferde, so müßen wir aber die Betriebsleitung doch ersuchen, hinsichtlich unseres Lohnes etwas zu bedenken, daß wir Menschen sind und daher einen etwas feiner entwickelten Geschmacksinn besitzen, als die Pferde. Auf der letzten Sohle ist auch der Füllort zu eng. Im Interesse der Belegschaft und des Betriebes selbst ist eine Erweiterung dringend notwendig. Auch die Bahnen sind teilweise sehr in Unordnung, wodurch den Förderleuten ihre Arbeit bedeutend erschwert wird. Deswegen ist die Temperatur auf 800 eine zu hohe, dieselbe beträgt zumelst 88-89 Grad. Durch Verbesserung der Ventilation wäre dieser Uebelstand sehr leicht beseitigt und die Gewerkschaft dadurch auch nicht ruiniert. Neben diesen und manchen anderen Mißständen ist noch zu erwähnen, daß einer Anzahl Förderleuten in diesem Monate 4,20 Mk. Schlußlohn versprochen war, aber nur 3,90 Mk. ausgezahlt wurde, so daß es dieserhalb sogar noch ein gerichtliches Nachspiel gibt.

**Ulfeld.** Die hiesige Polizeibehörde scheint vom preussischen Vereins- und Versammlungsrechte eine sonderbare Auffassung zu haben. Für den 18. Juli hatte unser Vertrauensmann eine Mitgliedsversammlung der hiesigen Zahlstelle angemeldet. Derselben wurde aber durch Schreiben vom 15. Juli unter Bezeichnung der rechtzeitigen Anmeldung zugleich mitgeteilt, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfte, weil die Zahlstelle nicht polizeilich angemeldet sei. Wir verlangen zwar von niemand, daß er allwissend sei, aber von einer Polizeibehörde können wir doch mindestens verlangen, daß sie die auf ihrem Tätigkeitsgebiete ergangenen Gerichtsentscheidungen kennt, denn sie hat sich doch nicht nur um den Buchstaben des Gesetzes zu kümmern, sondern sich auch über die durch die Rechtsprechung erfolgten Interpretationen bescheiden zu informieren. In letzterer Hinsicht scheint aber die Wissenschaft der hiesigen Polizeibehörde noch eine gewaltige Lücke zu haben, denn wir können nicht annehmen, daß sie durch ihr Versammlungsverbot eine bewußte Rechtsverletzung begehen wollte. Wir werden daher so freundlich sein, unserer Polizeibehörde durch den Herrn Regierungspräsidenten bekannt geben zu lassen, daß das preussische Kammergericht erst im zwanzigsten Jahrhundert entschieden hat, daß unsere Zahlstellen im Sinne des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts keine selbständigen Vereine sind und sich daher bei den Ortsbehörden weder anzumelden, noch ihre Mitgliederlisten eingureichen brauchen.

**Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.**

**Schönstedt.** In der Belegschaft der Grube Präsident scheint der alte Stumpfsinn wieder Platz greifen zu wollen. Als vor kurzer Zeit uns die Schlinge um den Hals allzu hart angezogen wurde, da schrien alle Kameraden nach dem Verband. Jetzt, wo es etwas besser geworden, glaubt man, daß der Verband überflüssig sei. Wir warnen, Kameraden, wann wir wieder in die Gelegenheit kommen, uns wehren zu müssen, — und das geschieht, wenn wir nicht fest bleiben — was dann? Kameraden, macht keine Dummheiten. Gerade jetzt, wo der Verband nach außen und innen sich immer stärker entfaltet, heißt es zusammenhalten. Dann wissen wir, daß wir in der Not uns an den Verband wenden können. Sind auch die Beiträge erhöht, so sind auch die Unterstützungsbeiträge ausgebaut. Beacht die Versammlungen besser, lest unsern Verbandsorgan, seid fleißig in der Werbung neuer Mitglieder, dann sind wir auch in Zukunft gesichert.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Stelshowitz.** An der Zeit ist es einmal, das Verhalten des Wirt's Scharf den Kameraden von hier und Umgebend zur Kenntnis zu bringen. Dieser hat nämlich trotz mehrfachen Erfuchens uns seinen Saal zu einer öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung zu geben, stets abgelehnt. Einmal hieß es: er müßte dumm sein, wollte er sich selbst Rufe in den Weg setzen; ein andermal: ich weiß, daß das Sozialdemokraten sind und mit Demokraten will ich nichts zu tun haben. Wenn nun der Herr uns einmal für Sozialdemokraten hält und dann Anstoß findet, ja nichts mit uns zu tun haben will, so nehmen wir an, daß auch das Geld, welches wir dort verzehren, ihm unwillkommen ist. Es wird mithin Aufgabe der Kameraden sein, dies Lokal zu meiden, wie auch die anderen Arbeiter aufzuklären, ihr schwer verdientes Geld dorthin zu tragen, wo man obendrein verhöht wird. Vielleicht wird dann der gute Mann auch Zeit genug haben, die Käufe in seinem Platz zu hegen und zu pflegen.

Aufruf

an die Bergarbeiter im Königreich Sachsen.

Bergarbeiter, Kameraden! Glende Böhne, lange Arbeitszeit, große Antreiberei, schlechte Behandlung, empörende Grubenmishandlung, diese wie andere Quälereien waren es, die im Vorjahre auf der öffentlichen Konferenz in Zwickau zur Sprache gebracht wurden.

Die Missstände auf den Gruben reizen nicht ab. Das ist, was wir auch heute nur sagen können, dazu der jämmerliche Lohn und die jämmerliche Behandlung der Arbeiter. Man kann ja nicht hineinsehen in die Tiefe, wo in fern ausgeklügelter Weise eine Arbeiterschänderie getrieben wird, die ihre Gleichgültigkeit sucht.

Der Unterzeichnete ist beauftragt worden, in den nächsten Wochen die zweite öffentliche Konferenz sächsischer Bergarbeiter einzuberufen, damit die Klagen der Bergarbeiter zur Sprache gebracht werden können.

Wir richten darum die Aufforderung an die Bergarbeiter, diese Konferenz zahlreich zu beschicken. Vertreter von Bergschaften, bergmännischen Vereinen bezw. Verbänden erhalten Sitz und Stimme.

Die Lage der sächsischen Bergarbeiter und wie haben wir dieselbe?

Es dürfte die Konferenz einen vollen Tag in Anspruch nehmen. Alle Anfragen die Konferenz betreffend sind, wie auch die Anmeldungen der Delegierten, an unten genannte Adresse zu richten.

Das Zweigbüro des deutschen Bergarbeiterverbandes in Zwickau, Richardstraße 15. J. A.: Franz Pokorny.

Die fiskalischen Bergarbeiter am Deister streiken!

Am 19. Juli traten plötzlich die seit Jahren als Musterbergleute in jeder Beziehung gepriesenen Knappen am Deister in den Ausstand. Sie galten als die zuverlässigsten Menschen der Welt und als die besten Patrioten unter den deutschen Arbeitern.

Was niemand für möglich hielt, ist zur Tat geworden. Die seit Jahrzehnten unter einem unerhörten Druck stehenden Bergarbeiter des fiskalischen Steinkohlenbergwerks Dammshausen streiken seit Mittwoch im Streik.

Das meiste Unrecht wurden diese völlig unorganisierten Bergarbeiter in den Streik getrieben? Zunächst ist es die Lohnfrage. Uns wurden Lohnzettel von Hauern gezeigt, die einen Brutto-Lohn von 2,80 Mk., 2,98 Mk., 3,07 Mk., 3,14 Mk., 3,22 Mk., 3,34 Mk. und 3,54 Mk. pro Schicht aufweisen.

Ein weiterer Grund ist die miserable Behandlung seitens der Beamten! Hier herrscht ein saarabisches System; den Arbeitern ist das Galten der „Volkswille“ Hannover, sowie der „Bergarbeiter-Zeitung“ verboten!

Die Arbeiter unter sich sehr misstrauisch zu machen. Keiner traut dem andern. Jedes Selbständigkeitsgefühl ist bei den Arbeitern untergraben. Misstrauen hegen sie auch gegen jeden Fremden, und so hielt es sehr schwer, uns Aufklärung über die Verhältnisse zu verschaffen.

- 1. Lohn für Hauer pro Schicht 4,00 Mk. Lohn für Schlepper I. Kl. pro Schicht 3,50 Mk. II. " " " " 3,00 " III. " " " " 2,50 " IV. " " " " 2,00 "

Die Verwaltung unter Zustimmung des Berghauptmanns von Deiten erklärt: „Es wird nichts bewilligt, ein Grund zum Streiken ist nicht vorhanden!“

Gerade so erscholl es beim Streik der Ruhrbergarbeiter aus dem Munde der Privatgrubenbesitzer. Man sieht, daß der Vater Staat am kein Jota besser ist, als die Privatkapitalisten.

Als bei den Verhandlungen am Freitagabend der Herr Berghauptmann die Belegschaft aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen, erscholl es aus dem Munde der Knappen: „Unter diesen Umständen wird nicht angefahren!“

Die Verhandlungen werden zeigen, ob die fiskalischen Knappen das was not tut erlangen haben und sie sich dazu entschließen, dem Verbandsbeitreten. Geschieht dies nicht, gelingt es nicht, die Arbeiter und damit den Streik zu organisieren, dann wird nicht viel erreicht werden.

Am zu den eingereichten Fragen Stellung zu nehmen, hatten wir auf Sonntag den 23. Juli drei Versammlungen einberufen; die erste, die vormittags 11 Uhr im Gasthaus „Glockenstollen“ stattfand, war von 400 Bergarbeitern besucht.

Ein Telegramm, das bei Meditationschluss einlief, lautet: Alle drei Versammlungen, die gestern stattfanden, beschloßen einstimmig die Fortführung des Streiks und den Beitritt zum Verband.

Zahlstellen-Versammlungen u. Steuertage. Sonntag, den 30. Juli 1905: (Vester Sonntag.)

- Altenessen II. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Bräuer. Berichterstattung von der Generalversammlung. Buerbach. In Rodstr. 105 Gasthof. Berghausen-Rattenscheid. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Gäßberg, Rattenscheid. Berghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Wödel. Bittermark. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. Lege. Bredemsh. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn D. Herber, Waldschente. Bräuningshausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bernh. Kroll in Rammingshausen. Carnay. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Georg Wolf. Dahlhausen I. Nachm. 2 1/2 Uhr, im Lokale der Wwe. Steinkühler. Deusen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wittling. Dampfen II. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Dempe-moll, Landwehrstraße. Oberbrunn. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Pelz; Steuertag. Essen. Vormittags 11 Uhr, in der „Vorussia“. Ende. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Wirtes Siepmann, Auf den Röhren. Eppendorf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Dugmann. Gelsenkirchen I. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kufmann, Schallerstraße. Was hat die Regierung den Bergarbeitern versprochen und was haben sie erhalten? Warum müssen sich die Bergarbeiter organisieren? Freie Diskussion. Gelsenkirchen IV (Wismar). Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Adolf Frobermann. Das Grubenunglück auf Bornita und welche Lehren ziehen wir daraus? Referent: Kamerad Löffler, Gelsenkirchen. Gröden. Nachmittags 4 Uhr, im Papschen Restaurant. Gähnen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Wallbaum. Gamborn. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thomas, Meidericherstr. Gattlingen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Wwe. Siegert. Gerbede. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Halseband. Gerne. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Damm. Göttsch II. Beim Wirt Heberader. Gohwege. Jeden letzten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr. Gollhausen-Bornig. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gg. Schulte, früher Rottmann. Gooß b. Rassel. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Landgräb. Gortenslein. Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale. Kattenhardt. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Diebschulte. Kran. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn G. Bönninghaus, Krug-Sub. Linden. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Moil. Lindenhorst. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Selter. Mädelberg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wwe. Wilh. Theile, Wellinghoferstraße. Meura. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Meurastein. Niederdorf b. Stalberg. Jeden Sonntag nach dem 25., nachmittags 6 Uhr, im Gasthof „Röbnigsruhe“. Niederronsfeld. Nachmittags 5 Uhr, beim Wirt Heinrich Wisping in Valtshausen. Oelsnik i. Ergg. Nachmittags 6 Uhr, im Gasthof „Zum braunen Rog“. Reinsdorf. Abends 7 Uhr, (Lokalangabe fehlt). Rüdligshausen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hugo Zimmermann. Schedewitz. Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats, abends 7 Uhr, im Restaurant „Konsumverein“; Steuertag. Schmiedebach. Jeden ersten Mittwoch im Monat; Steuertag. Schneberg. In der „grünen Laube“. Schwertersheide. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emde. Somborn. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Koch. Sommerberg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Eisenberg. Stecke-Rönigsstele. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Drener, am Bahnhofs Nord. Stoppenberg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Offenberg. Wahl eines Vertrauensmannes. Sterkrade. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Busch, Holtenerstr. Was erstrebt der Bergarbeiterverband? Unterweilbach. Jeden letzten Samstag, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Lichtenthal“. Vormholz-Durckholz. Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Kreil (früher Bütgenbetman) in Durckholz. Wellinghofen. Nachmittags 5 Uhr, bei Herrn Otto Mittelmann. Vortrag des Kameraden Hansmann, Gießlinghofen. Wengern. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Aufermann. Werden. Vormittags 11 Uhr, in der Gustavsburg. Westherbede. Nachmittags 6 Uhr, beim Wirt Gottf. Bollmeter. Westrich. Nachm. 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Engemann. Wiede. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sommer. Wintersdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Cambrianus. Wilkau. Von 4-7 Uhr, im Restaurant „Dahem“. Wscholan. Bei den Herren Heint. Meier und Paul Georgi. Zwickau. Abends 7 Uhr, im „Drauerschloß“, Schloßstraße.

Es ist Pflicht aller Kameraden, in diesen Versammlungen zu erscheinen!

Briefkasten.

Edel, E. S. Wenn im Mietskontrakt Dir ein Trockenboden zugestanden und dieser Dir nachträglich entzogen worden ist, muß auch eine Mietserniedrigung im Verhältnis Dir gewährt werden. Ueber die Höhe derselben können wir nicht entscheiden. Selbstverständlich muß eine vorherige Ankündigung erfolgen. Gelsenkirchen, W. S. Ein Bericht über diese Angelegenheit kann nur dann gebracht werden, wenn auch das eigene persönliche Verhalten näher erklärt wird, am besten mündlich. N. B., 100. 10 Markt.

Verbandsnachrichten.

Wohnungswechsel. Viele Vertrauensleute beklagen sich, daß die Mitglieder beim Wechsel ihrer Wohnung weder dem Vertrauensmann, noch dem Voten ihre neue Wohnung mitteilen, wodurch es der Ortsverwaltung dann unmöglich gemacht wird, sie zu befragen, und so gehen sie die Organisation verloren, schädigen sich aber auch selbst, indem sie ihre Rechte an der Organisation einbüßen.

Rechtsschutz betreffend. Es kommt immer wieder vor, daß unsere Mitglieder in Rechtsschutz-Angelegenheiten sich nicht an unsere Sekretariate, sondern an Privatpersonen wenden und dann von uns Kostendeckung beanspruchen.

Der Bezirk Durm. Schwelmer Revier. Das Bezirks- und Rechtsschutzbüro befindet sich in Aachen, Dürerstraße 46. Sprechstunden täglich von 9-10 Uhr, vormittags. Die Mitglieder werden ersucht, sich in allen Verbandsangelegenheiten — sei es in Verwaltungs- und inneren Angelegenheiten oder in Betreff der Verbandszeitung — an den Bezirksleiter zu wenden.

Verzeichnis

der Arbeitersekretariate und Rechtsschutzbüros, in welchen unsere Mitglieder unentgeltlich Rechtsschutz erhalten:

Table with 4 columns: Ort, Straße und Hausnummer, Sprechstunden an Werktagen, Sprechstunden Sonntags. Lists various locations like Bochum, Dortmund, Essen, etc., with their respective addresses and office hours.

Die Verbandsmitglieder haben bei Inanspruchnahme des Sekretariats bezw. Rechtsschutzbüros das Mitgliedsbuch mitzubringen. Auf der Verbandskarte wird kein Rechtsschutz erteilt. Die Sprechstunden sind streng zu beachten.

Castrop. In Castrop wird am 1. August ein Rechtsschutzbüro neu eröffnet. Es befindet sich Bahnhofstraße 6 und ist jeden Montag, Dienstag und Freitag vormittags von 9-12 und nachm. von 3-6 Uhr geöffnet. Der Vorstand.

